

Vorarlberger Landtag.

15. Sitzung

am 8. Februar 1898

unter dem Vorsitze des Herrn Landeshauptmannes Adolf Rhomberg.

Gegenwärtig 19 Abgeordnete. Abwesend: Hochwürdigster Bischof und Johannes Thurnher.

Regierungsvertreter: Herr Statthaltereirath Josef Graf Thun-Hohenstein.

Beginn der Sitzung um 10 Uhr 5 Minuten vormittags.

Landeshauptmann: Ich erkläre die heutige Sitzung für eröffnet und ersuche um Verlesung des Protokolles der letzten Sitzung.

(Secretär verliest dasselbe).

Wird gegen die Fassung des Protokolles eine Bemerkung zu machen gewünscht? -

Da dies nicht der Fall ist, so betrachte ich dasselbe als genehmiget.

Wir gehen zur Tagesordnung über. Ans derselben steht als erster Gegenstand der Bericht des Steuerausschusses über die vom Landtage in die Erwerbsteuer-Landescommission und in die Berufungscommission für die Personaleinkommensteuer vorzunehmenden Wahlen.

Ich ersuche den Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Dressel, das Wort zu ergreifen.

Dressel: Hohes Haus! Nach dem Gesetze vom 25. October 1896, R. G. Bl. Nr. 220 über die direkten Personalsteuern sind in Vorarlberg zwei Landescommissionen zu creieren und zwar eine Erwerbsteuer-Landescommission nach § 19 und eine Berufungscommission für die Personaleinkommensteuer nach § 177 B des genannten Gesetzes, deren Mitglieder zum Theile vom Landtage zu wählen sind."

Nach § 19 und dem Schema A zu diesem Paragraph ist die Erwerbsteuer-Landescommission so zu creieren, dass der Landtag nach einem von

XV. Sitzung des Vorarlberger Landtages, II. Session, 8. Periode 1898.

ihm zu bestimmenden Wahlmodus 4 Mitglieder wählt, die Regierung 4 Mitglieder, darunter den Vorsitzenden, ernennt und die Handels- und Gewerbekammer 1 Mitglied entsendet, so dass diese Commission aus 9 Mitgliedern besteht.

Bei dieser Wahl sollen thunlichst die 4 verschiedenen Erwerbsteuerclassen berücksichtigt werden. Wählbar sind nur jene Erwerbsteuerpflichtigen männlichen Geschlechtes beziehungsweise jene leitenden Betriebsbeamten (§ 16, Absatz 5 des obigen Gesetzes), welche das 24. Lebensjahr zurückgelegt haben und sich im Vollgenusse der bürgerlichen und politischen Rechte befinden. Mit Rücksicht auf die Kleinheit unseres Landes und die Verhältnisse, wie sie vorliegen, glaubte der Steuerausschuss, es sei die Wahl dieser Commission von den: vollen Hanse vorzunehmen und den Mitgliedern des h. Landtages nicht vorzuschreiben, dass sie gerade genau je ein Mitglied aus den verschiedenen Erwerbsteuerclassen nehmen, sondern dass alle 4 Mitglieder gleichzeitig miteinander gewählt werden sollen. Für jedes vom h. Hause zu wählende Mitglied ist dann noch ein Stellvertreter nach demselben Modus zu wählen. Bezüglich der Berufungscommission für die Personaleinkommensteuer schreibt das betreffende Gesetz in den §§ 182 und 183 den Wahlmodus genau vor. Nach der Kundmachung des Finanzministeriums vom 16. November 1897 hat der hohe Landtag 8 Mitglieder und ebensoviele Stellvertreter zu wählen. Der Wahlmodus ist hier, wie schon erwähnt, genau vorgeschrieben. Es soll nämlich nach Curien gewählt werden und zwar nach den in der Landesordnung für die Wahl der Landesausschussbeisitzer festgesetzten Bestimmungen. Dem Steuerausschusse lag also nur ob, die Zahl der zu wählenden Mitglieder nach diesen Bestimmungen zu bezeichnen. Da wir in Vorarlberg 4 Landesausschussbeisitzer haben und in diese Landescommission 8 Mitglieder und 8 Stellvertreter zu wählen sind, so trifft es, wenn man die beiden Körperschaften vergleicht, auf jeden Landesausschussbeisitzer 2 zu wählende Mitglieder. Es haben also die Vertreter der Städtecurie und der Handels- und Gewerbekammer 2 Mitglieder und 2 Stellvertreter, ferner die Abgeordneten der Landgemeinden-Curie ebenfalls 2 Mitglieder und 2 Stellvertreter und schließlich das ganze Hans 4 Mitglieder und 4 Stellvertreter zu wählen. Da die Landesordnung vorschreibt, dass für jedes Landesausschussmitglied ein bestimmter Stellvertreter zu wählen sei, so ist auch für jedes zu wählende Mitglied dieser Commission ein bestimmter Stellvertreter zu wählen. Die Stellvertreter sind also nicht allgemein sondern ad personam zu wählen.

Mit Rücksicht auf die gegebenen Verhältnisse und unter Berücksichtigung der gesetzlichen Bestimmungen schlägt der Steuerausschuss folgende Anträge vor:

(Liest dieselben ans Beilage L.)

Landeshauptmann: Ich eröffne über Bericht und Anträge des Stencransschusses die Debatte. Es nieldet sich niemand zum Worte, somit kann ich zur Abstimmung schreiten und zwar werde ich beide Anträge unter einem vornehmen.

Ich ersuche jene Herren, welche den beiden Anträgen, wie sic der Steuerausschuss vorlegt, die Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. Angenommen.

Wir kommen nun zum zweiten Gegenstände unserer Tagesordnung, nämlich zur Wahl der Erwerbsteuer-Landescommission.

Ich bemerke gleich jetzt schon, dass auf Wunsch verschiedener Herren Abgeordneten die Wahl der Personaleinkommensteuer-Berufungscommission auf die morgige Sitzung verschoben wird. Es bleibt uns also nur die Wahl der Mitglieder für die Erwerbsteuer-Landescommision.

Nach den soeben gefassten Beschlüssen sind die Mitglieder dieser Commission aus dem ganzen Hause zu wählen. Ich ersuche daher 4 Namen zu schreiben.

(Wahlact.)

Ich ersuche für diesen Wahlact und für alle folgenden die Herren Abgeordneten Jodok Fink und Pfarrer Thurnher das Scrutinium zu übernehmen. Pfarrer Thurnher: Abgegeben wurden 18 Stimmzettel, einer davon war leer.

Jodok Fink: Die meisten Stimmen haben erhalten: Johann Vallaster, Fabriksbesitzer in Feldkirch, 14; Placidus Gunz, Müller in Bludenz, 14; Engelbert Bösch, Landtagsabgeordneter und Altvorsteher in Lustenau, 13; Franz Loser, Reichsrathsabgeordneter und Schuhmachermeister in Rieden, 13. Die übrigen Stimmen waren zersplittert und zwar erhielten davon: Dr. v. Preu, Josef Hutter und Richard Goßer je 2 Stimmen; Dr. Waibel,

Heinrich Hueier, Josef Wolf, Arnold Ganahl,
Franz Mäher, Nägele und Büchele je 1 Stimme.

Landeshauptmann: Es sind somit die Herren
Johann Vallaster, Fabriksbesitzer in Feldkirch;
Placidus Gunz, Müller in Bludenz; Engelbert
Bösch, Landtagsabgeordneter und Altvorsteher in
Lustenau, und Franz Loser, Reichsrathsabgeordneter
und Schuhmachermeister in Rieden, zu Mitgliedern
der Erwerbsteuer-Landescommission gewählt.

Wir schreiten nun zur Wahl der Stellvertreter.
Nach den soeben früher gefassten Beschlüssen ist
für jedes Mitglied ein Stellvertreter ad personam
zu wählen. Ich ersuche daher zuerst für Johann
Vallaster, Fabriksbesitzer in Feldkirch, einen Stellvertreter
zu wählen. Ich ersuche, einen Namen
ans den Stimmzettel zu schreiben.

(Wahlact.)

Pfarrer Thurnher: Abgegeben wurden 14
Stimmzettel.

Jodok Fink: Davon erhielten Albert Ölz,
Kaufmann in Bregenz, 13 Stimmen und Hugo
Niedermaier 1 Stimme.

Landeshauptmann: Es ist somit Albert Ölz,
Kaufmann in Bregenz, zum Ersatzmanne für Johann
Vallaster gewählt.

Ich ersuche nun, den Ersatzmann für Placidus
Gunz, Müller in Bludenz, zn wählen. Ich ersuche,
einen Namen aufzuschreiben.

(Wahlact.)

Pfarrer Thurnher: 14 Stimmzettel wurden
abgegeben.

Jodok Fink: Gustav Rhomberg, Müller in
Dornbirn, erhielt alle 14 Stimmen.

Landeshauptmann: Es ist somit Gustav Rhomberg,
Müller in Dornbirn, als Stellvertreter für
Placidus Gunz gewählt.

Ich ersuche nun um die Wahl des Ersatzmannes
für Engelbert Bösch, Landtagsabgeordncten und
Altvorsteher in Lustenau.

(Wahlact.)

Pfarrer Thurnher: Es wurden 14 Stimmzettel
abgegeben.

Jodok Fink: Alois Sturm, Sticker und Gemeinderath in Rankweil, erhielt alle 14 Stimmen.
Landeshauptmann: Alois Sturm, Sticker und Gemeinderath in Rankweil, ist der Stellvertreter für Engelbert Bösch.

Es kommt nun zum Schlusse die Wahl des Ersatzmannes für Franz Loser, Reichsrathsabgeordneten und Schuhmachermeister in Rieden.
(Wahlact.)

Pfarrer Thurnher: Es wurden 14 Stimmzettel abgegeben.

Jodok Fink: Davon erhielten Anton Fetz, Zimmermeister in Egg, 13 Stimmen und der Redacteur der "Freien Rundschau" 1 Stimme.
(Heiterkeit.)

Landeshauptmann: Es ist somit Anton Fetz, Zimmermeister in Egg, als Ersatzmann für Franz Loser gewählt. Dieser Gegenstand der Tagesordnung ist somit erlediget.

Der letzte Gegenstand unserer heutigen Tagesordnung ist der Bericht des Sprachenausschusses über den Antrag der Herren Abgeordneten Ganahl und Genossen und über den Antrag der Herren Abgeordneten Ölz und Genossen in Angelegenheit der Sprachenverordnungen vom 5. und 22. April 1897 und der allgemeinen Lage in Österreich.

Ich ersuche den Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Martin Thurnher, das Wort zu ergreifen.

Martin Thurnher: Hohes Haus! Jeder Patriot sieht heute mit Furcht und Bangen der weiteren Entwicklung der Dinge in Österreich entgegen.

Der unheilvolle Sprachenstreit in Böhmen hat eine Aufregung in der Bevölkerung verursacht, die bereits zu den bedauerns- und beklagenswertesten Auftritten führte. Die Thätigkeit des Reichsrathes ist vollständig gelähmt. Statt ruhiger, sachlicher Behandlung, wie wir sie im Landtage hier gewöhnt sind, erlebten wir im Reichsrathe Tumulte und Scenen, gegen die das Kriegsgeschrei der Indianer

170

XV. Sitzung des Vorarlberger Landtages. II. Session, 8. Periode 1898.

noch als liebliche Musik aufgefasst werden muss. Insbesondere die Scenen der letzten Tage der reichsräthlichen Thätigkeit oder besser reichsräthlichen "Thätlichkeit" waren geradezu derart, dass eine Beschreibung derselben ein Ding der Unmöglichkeit ist.

Viele und dringende Arbeiten, insbesondere auf dem Gebiete socialer Reformen harren der Erledigung seitens des Reichsrathes. Jeder nicht benützte Augenblick verschlimmert die Lage der um ihre Existenz kämpfenden Bevölkerung und erhöht die der Gesellschaft drohenden Gefahren. Darum bedauert jeder, der es mit Österreich und seiner Bevölkerung gut meint, die Unthätigkeit des Reichsrathes.

Wir bedauern aber auch die unmittelbare Veranlassung derselben und diese ist, wenn auch vorher schon reichlicher Zündstoff aufgehäuft war und vorlag, in den von unglücklicher Hand erlassenen Sprachenverordnungen zu suchen.

Ich hatte von allem Anfange an die Ansicht, für deutsche Bezirke gehöre die deutsche, für czechische Bezirke die czechische Sprache und für gemeinsprachliche Bezirke gehören beide Sprachen. Wir würden uns sicher auch wehren, wenn man uns in Vorarlberg, einem bis in die jüngste Zeit kerndeutschen Lande, zwingen wollte, irgend welche Geschäfte bei den Gerichts- oder politischen Behörden in italienischer Sprache abwickeln zu müssen. Darum ist die Forderung berechtigt, dass die auf falscher Basis beruhenden Sprachenverordnungen, soweit die Interessen des deutschen Volkes durch dieselben geschädiget werden, aufgehoben werden und die Sprachenfrage auf gesetzlichem Wege unter Würdigung der bestehenden Verhältnisse und auf Grundlage der Gerechtigkeit gelöst werde.

Der erste Punkt der vorliegenden Anträge des Sprachenausschnsses gibt dieser unserer Anschauung entschiedenen Ausdruck, und ich zweifle nicht an der einstimmigen Annahme desselben.

Die Majorität des Sprachenausschusses und sicher auch die des h. Hauses ist aber der Anschauung, dass auch noch andere Mittel zur Sanierung unserer Verhältnisse in Anwendung gebracht werden sollen. Nebst der Liebe zum gemeinsamen Herrscherhause war es insbesondere der Geist des Christenthums, der Österreich stark und groß machte, durch den es die schwierigsten Situationen und Kämpfe bestand und auf Grund dessen es durch Jahrhunderte hindurch als Vormauer der Christenheit, als Schützer

der Cultur und Vertheidiger des Rechtes ruhmvoll dastand. Die christliche Staatseinrichtung und das geliebte Herrscherhaus waren gleichsam der Kitt, der die verschiedenen Völkerschaften verband und im Staate ihren gemeinsamen Schützer ihrer Rechte und Freiheiten erblicken ließ.

Geben wir dein ehrwürdigen Habsburgerreiche wieder seinen Hauptpfeiler, den Geist des Christenthums; bauen wir auf diesen Pfeiler unsere staatlichen Einrichtungen auf und der Friede zwischen den Nationen wird ein bleibender und gesicherter

fein!

Wir werden, wenn wir wieder einig sind, auch stark nach außen. Wir werden aber dann auch jene Stellung in unserer Monarchie erlangen, die unserer Reichshälfte gebührt. Ich habe vor zwei Jahren von dieser Stelle aus Gelegenheit gehabt, unser Verhältnis zu Ungarn eingehend zu beleuchten, und Sie werden sich noch erinnern, das Bild, das ich damals entworfen habe, war für uns kein erfreuliches. Durch die mittlerweile eingetretenen Verhältnisse sind wir aber Ungarn gegenüber vollständig machtlos geworden, und wenn nicht bald eine Besserung eintritt, so sind wir und zwar durch eigene Schuld gleichsam mit gebundenen Händen an Ungarn ausgeliefert. Darum thut es noth, rasch eine Versöhnung unserer verschiedenen Nationen herbeizuführen.

Über den dritten Punkt der vorliegenden Anträge brauche ich wohl nur wenige Worte zu sagen. Bei den eigenartigen und ungleichartigen Verhältnissen der verschiedenen Länder Österreichs erscheint es wohl unbedingt nothwendig, das Gesetzgebungsrecht der Landtage zu erweitern und den so schwerfälligen Reichsrath von einer Reihe von Arbeiten und Agenden zu entlasten.

Das war von jeher unser Programm und muss es heute mehr denn je sein. Wir wollen ein starkes und mächtiges Österreich und wissen, dass eine Reihe Angelegenheiten von einem Centralparlamente besorgt werden muss. Dagegen wollen wir aber auch die Befriedigung der einzelnen Theile und die Wahrung ihrer Rechte und Freiheiten, und dieses kann wohl am besten geschehen in der Kräftigung und Hebung der Autonomie der Länder.

Zum Schlusse möchte ich noch der Hoffnung Ausdruck geben, dass der Friede in unserer Monarchie bald hergestellt werde, damit das Jubeljahr unseres erhabenen Monarchen, dieses eminenten Friedens-

XV. Sitzung des Vorarlberger Landtages. II. Session, 8. Periode 1898.

171

fürsten, zu einem wahren Friedens- und Freudenjahre sich gestalte und dem schwer geprüften Monarchen damit die schönste und beste Gabe zu seinem Feste zu Füßen gelegt werde.

(Lebhafter andauernder Beifall.)

Auf Grund dieser kurzen Ausführungen erlaube ich mir namens des Sprachenausschusses folgende Anträge zu stellen:

(Liest dieselben ans Beil. XLIX.)

Landeshauptmann: Ich eröffne also zunächst über den Bericht und sämtliche Anträge des Sprachenausschusses eine Generaldebatte und werde dann über jeden einzelnen Antrag eine Specialdebatte abhalten lassen.

Wenn in der Generaldebatte niemand das Wort zu ergreifen wünscht, so ist dieselbe geschlossen und wir gehen zur Specialdebatte über die drei Anträge und zwar zunächst über den Antrag 1, über, wie er Ihnen vom Herrn Berichterstatter soeben verlesen worden ist.

Ich ertheile das Wort dem Herrn Landes-Hauptmann-Stellvertreter, Abgeordneten Ganahl.

Ganahl: Punkt 1 des vorliegenden Antrages ist gewissermaßen als das Product eines Compromisses zu betrachten. Denn schon die Minorität dieses Hauses gieng bei der Formulierung ihres selbstständigen Antrages vom Gedanken aus, denselben so zu gestalten, dass er auch für die Majorität sollte annehmbar sein. Im Sprachenausschusse, wo die Anschauungen beider Parteien zu einer längeren Erörterung gelangt sind, gab es keinerlei Verschiedenheit in der Auffassung bezüglich der Sprachenverordnungen selbst, beide Parteien waren einig darin, sie als eine Kränkung der Deutschen, speciell aber der Deutschen in den Sudetenländern zu verurtheilen. Beide Parteien waren auch einig darüber, dass eine sofortige Remedur nothwendig erscheine, um dann später in geeigneter Zeit und tut gesetzlichen Wege die Sprachenfrage zu regeln. Es gab jedoch im Sprachenausschusse eine kleine Divergenz der Anschauungen in der Beurtheilung der Obstruction.

Während die Vertreter der Minorität die Obstruction mehr als Wirkung einer Ursache nämlich der Sprachenverordnungen beklagte, wobei eben nicht ausgeschlossen erschien, dass diese Wirkung eine natürliche sei, gieng die Anschauung der Majorität

dahin, dass die Obstruction unbedingt zu verurtheilen sei, und sie wollte auch diesem ihrem Standpunkte, im Antrage selbst schärfern Ausdruck geben. Bei dem vorherrschenden Wunsche jedoch, eine einhellige Kundgebung gegen die Sprachenverordnungen zustande zu bringen, verzichtete die Majorität darauf, dieser ihrer Auffassung im Antrage selbst noch Ausdruck zu verleihen. Die Minorität wäre eben nicht in der Lage gewesen, die Obstruction als solche und in unbedingter Weise zu verurtheilen. Gestatten Sie mir, meine Herren, dass ich bei diesem Thema etwas länger verweile. Die Obstruction ist nicht, wie vielfach angenommen wird, als ungeberdiges Kind der Neuzeit zu betrachten; sie ist schon älteren Datums. Sie ist älter als unsere Zeitrechnung, denn schon die

Römer haben sie gekannt und geübt. Schon bei den Römern gab es einen Dauerredner, der um eilt Gesetz, welches ihm im Interesse des Vaterlandes verwerflich schien, zu verschleppen, einen ganzen Tag hindurch gesprochen hatte. Es gab auch bei den Römern einen "führenden" Consul, der den missliebigen Obstructionisten durch Büttel abführen und in den Carcer stecken ließ. Dagegen erhob sich aber der ganze Senat und wollte das Loos des Gemaßregelten theilen. Dieser imposanten Demonstration gegenüber wich der "führende" Consul zurück und gab den Gefangenen frei. Sie sehen, meine Herren, es gibt nichts neues unter der Sonne, es ist alles schon dagewesen. Kein Vernünftiger wird die parlamentarische Obstruction als ein regelrechtes Mittel der Minorität sich Geltung zu verschaffen, betrachten können. Die Obstruction im concreten Falle aber ist - wird dies fast allgemein zugegeben - lediglich als Nothwehr zu betrachten, als Nothwehr gegen einen ungesetzlichen Act, als Nothwehr gegen einen Gewaltstreich, welchen sich das Ministerium Badeni den Deutschen in den Sudetenländern gegenüber gestattet hat. Int Stande der Nothwehr aber pflegt man den Gegner nicht in Glacehandschuhen anzurühren. Im Stande der Nothwehr kommen leider auch Überschreitungen vor. Die liberale Partei, welche durch zwanzig Jahre eine decente Opposition getrieben hat, ist es endlich müde geworden, dass man fortwährend auf ihre Kosten Majoritäten schafft; sie hat es satt bekommen, dass man vom deutschen Besitzstand immer mehr abbröckelt, mit damit die maßlosen Aspirationen der Tschechen und Slovenen zu befriedigen. Der

172

XV. Sitzung des Vorarlberger Landtages. II. Session, 8. Periode 1898.

Unwille darüber ist lawinenartig gewachsen, der furor teutonicus ist erwacht, und die Regierung wird gut thun, mit demselben zu rechnen. Im übrigen freue ich mich, dass diese einstimmige Kundgebung zustande gekommen ist. Run haben sämtliche deutsch-österreichische Landtage gesprochen und dieser einstimmigen Declaration aller deutschösterreichischen Landtage gegenüber wirb hoffentlich die hohe Regierung ohne Zögern und Zagen das schreiende Unrecht, welches an dem deutschen Volke in Österreich verübt wurde, wieder gnt zu machen bedacht sein. Denn darüber ist kein Zweifel gestattet; solange die Sprachenverordnungen fortbestehen, wird es keinen Frieden, wird es keine parlamentarische Thätigkeit und wird es auch keinen Ausgleich mit Ungarn geben, so wünschenswert und so nothwendig derselbe für beide Reichshälften ist.

Ich werde für Punkt 1 der vorliegenden Anträge stimmen.

Landeshauptmann: Ich ertheile das Wort dem Herrn Abgeordneten Ölz.

Ölz: Geehrte Herren! Ich habe nur etwas zu berichtigen, was der Herr Vorredner in seinen Ausführungen gesagt hat. Derselbe hat unter anderem die Ansicht ausgesprochen, es sei im Sprachenausschusse von der Majorität die Obstruction im allgemeinen verurtheilt worden. Run, meine ich, dieser Herr hat sich doch etwas geirrt. Ich bin in der Ausschusssitzung unmittelbar neben dem Herrn Abgeordneten Ganahl gesessen und habe gerade den bezüglichen Passus im Anträge des Herrn Abgeordneten Ganahl beanständet, weil er mir so geschienen hat, als ob er die Obstruction im allgemeinen verurtheile. Ich habe mich dagegen gewehrt, weil ich das nicht wollte. Der Herr Abgeordnete Ganahl wird sich noch erinnern, dass wir eine andere Fassung in unserem Vorschläge gehabt haben und mir uns nur seinem Anträge der Einhelligkeit halber accommodirt haben. Wir haben in unserem Vorschläge folgendes drinnen gehabt:

"Der Landtag des Landes Vorarlberg beklagt auf das tiefste die in der letzten Session des Reichsrathes vorgekommenen tumultuösen Vorgänge, wodurch das Ansehen Österreichs im Auslande gefährdet wurde."

Wir wollen also nur diese bekannten wüsten Vorgänge rügen und verurtheilen, aber nicht die gesetzlich zulässige und anständige Obstruction. Rur dem Frieden zuliebe, wie der Herr Abgeordnete Ganahl ja selbst gesagt hat, ist der Compromissantrag zustande gekommen, indem wir diese von uns beantragte Stelle fallen ließen und die Fassung annahmen, in welcher uns der Antrag 1 vorliegt. Ich wollte dies nur zu meiner Rechtfertigung und der der anderen Gesinnungsgenossen sagen. Der Herr Abgeordnete Ganahl wird sich weiter noch erinnern, dass im Ausschusse über Antrag eines Mitgliedes über den Passus:

"Die tumultuösen Vorgänge, wodurch das

Ansehen Österreichs im Auslande gefährdet wurde" extra noch abgestimmt werden musste. Es herrschte also entgegen der Aussage des Herrn Abgeordneten Ganahl, nicht die allgemeine Ansicht auf Seite der Majorität, dass die Obstruction im allgemeinen zu verurtheilen sei.

Was meine Person anbelangt, so kann ich nur das sagen, was ungefähr der Herr Berichterstatter ausgeführt hat, nämlich dass ich von allem Anfänge an, als die Sprachenverordnungen erlassen wurden, dieselben bedauert und verurtheilt habe. Ich stehe ganz genau auf demselben Standpunkte wie der

Herr Abgeordnete Martin Thurnher und halte auch dafür, dass es gut ist, wenn wir in Vorarlberg einen einstimmigen Beschluss in dieser Beziehung fassen. Es soll damit dokumentiert werden, dass es unser sehnlichster Wunsch ist, dass in Böhmen einmal wieder Gerechtigkeit eintrete. Ich hätte jetzt hier Gelegenheit, auf verschiedene Anwürfe, die nur in letzter Zeit in dieser Beziehung gemacht worden sind, einzugehen und auf dieselben zu erwidern.

Ich werde es aber nicht thun. Ich weise diese Vorwürfe, die mir von gewisser Seite systematisch, absichtlich und in verleumderischer Weise in Bezug auf mein Verhalten gegenüber den Sprachenverordnungen gemacht worden sind, als Verleumdungen energisch zurück.

Landeshauptmann: Wer wünscht weiter noch das Wort? Herr Abgeordneter Pfarrer Thurnher!

Pfarrer Thurnher: Mich hat eine Äußerung des Herrn Landeshauptmann-Stellvertreters gar sehr befremdet, die er hier ausgesprochen hat, indem er sagte, die Majorität habe die Obstruction im

XV. Sitzung des Vorarlberger Landtages. II. Session, 8. Periode 1898

173

allgemeinen verurteilt, während die Minorität dieselbe nicht verurtheilen konnte. Ich will ihn nur an einen Ausspruch erinnern, den er anfangs, als er den Antrag der Minorität im Ausschusse vorlegte, gethan hat, als er nämlich sagte: "Meine Herren, wir sind Ihnen entgegen gekommen, soweit es möglich war, denn der Antrag, wie er unsererseits vorliegt, involviert gewissermaßen eine Verurtheilung der Obstruction." Diesen Satz hat er wörtlich ausgesprochen, und ich habe ihn mir deshalb eigens notiert. Wenn es mir noch gestattet ist, einiges in dieser Sache beizufügen, so ist es ungefähr Folgendes.

Es ist gewiss in der Ordnung, dass der Deutsche auch seine Nation, deren Sitte und Sprache liebt, seine Vorbilder in der Geschichte hochhält, und dass er auch für die Erhaltung des deutschen Besitzstandes überall mit Kraft und voller Entschiedenheit eintritt. Ebenso ist es gewiss nicht zu tadeln, wenn der Deutsche dem agitatorischen Vordringen anderer Nationen, welches weder in den bestehenden Verhältnissen noch in irgend einer anderen Nothwendigkeit begründet ist, sich mit Ruhe aber auch mit Entschiedenheit entgegenstellt. Das ist gewiss nicht zu tadeln. Auch das muss sein, dass wir bei der Verschiedenheit der Sprachen und Völker in unserem lieben Österreich eine gemeinsame Verkehrssprache haben, und dass diese Sprache keine andere sein kann als eben die deutsche Sprache. Gegen alles das wird vernünftigerweise niemand

etwas einwenden können, der auf dem Standpunkte der Gerechtigkeit und Billigkeit steht.

Wenn aber dieser Kampf um das Deutschthum zu einer Hetze ausartet, wenn er mit verwerflichen Mitteln geführt wird, wenn er geführt wird, um die Verhetzung der einzelnen Nationen in Permanenz zu erhalten, dann ist dieser Kampf, meine Herren, nicht mehr zu billigen. Wenn ich auch zugebe, dass von Ihrer linken Seite gewiss gar manche Gesinnungsgenossen es ehrlich und ernst meinen in diesen! Kampfe, so darf man ebenfalls mit der nämlichen Sicherheit behaupten, dass es jenen Elementen, welche die Führung in demselben sich angemaßt haben, nicht so fast zu thun ist um das Deutschthum selbst, sondern um die Verhetzung der Nationen, um die gegenseitige Hetze der Völker in Permanenz zu erhalten, ja, wenn es möglich wäre, die Zerstörung unseres altehrwürdigen Reiches und den Sturz unserer katholischen Dynastie herbeizuführen.

Um das ist es ihnen hauptsächlich zu thun. Wäre es jenen einzelnen Elementen voll und ganz ernst um die Erhaltung des Deutschthums, wie konnten sie da jene mit aller Vehemenz bekriegen, die ebenfalls die deutsche Fahne hochhalten, aber nicht weniger die des Christenthums, die also ebenso gute Christen als Deutsche sein wollen? Wie wäre es sonst möglich gewesen in diesem Kampfe plötzlich den Ruf erschallen zu lassen: "Los von Rom!"?

Wenn Rom in diesem Kampfe um das Deutschthum Rath zu geben und ein Wort zu sprechen hätte, so würden dieselben dahin lauten, dass sobald als möglich auf dem Boden der Gerechtigkeit und Billigkeit Friede geschlossen, nicht aber diese Völkerhetze in Permanenz erhalten werde.

Gerade daraus, dass jene Elemente, welche auf dem Boden des Christenthums stehen, in diesem Kampfe so beföhdet werden und gegen dieselben der Ruf erschallt: "Los von Rom!", gerade daraus ersieht man, dass es diesen "Patentdeutschen" nicht um das wahre Deutschthum, sondern darum zu thun ist, den verblassten Liberalismus wieder empor zu bringen.

Es ist das der Hass gegen das Christenthum. Wäre diesen Leuten wahrhaft ernst gewesen, dann, glaube ich, hätten ihre gleichgesinnten Minister bei der Debatte, in welcher es sich um die Versetzung des Ministeriums Badeni in den Anklagestand handelte, ihnen nicht ins Gesicht sagen können: "Meine Herren, es ist Ihnen doch nicht Ernst damit"; dann hätten sie meinen Erachtens schon auftreten müssen zur Zeit, als der Minister Stremayr, der ihrer, liberalen Partei angehörte, Sprachenverordnungen erlassen hatte, die gewiss nicht geeignet waren, den deutschen Besitzstand zu mehren. Ich glaube, es

wäre wohl nicht denkbar, wenn es sich nur einzig und allein um das handeln würde, was immer gesagt wird, nämlich um die Wahrung des deutschen Besitzstandes in Österreich, es wäre wohl nicht denkbar, sage ich, dass man sich unter die Fahne jener gestellt hätte, die so zusagen offen die Degradation, um nicht zu sagen, den Verrath Österreichs auf dieselbe geschrieben. Dann wäre es nicht denkbar, dass man sich unter die Führung solcher stellen würde, die sich ärgern und spotten, dass nach schwarzgelber Schablone die jungen Leute an der Universität "gedrillt" respective erzogen werden, die bei jeder Gelegenheit so zu sagen ihre Abneigung, wenn

174

XV. Sitzung des Vorarlberger Landtages. II. Session 8. Periode.

nicht den Hass gegen unser Österreich an den Tag legen.

Ich werde daher für die Anträge, wie sie vorliegen, stimmen, weil wir ja alle damit einverstanden sind, dass Friede geschaffen werde. Aber ich muss nochmals gestehen, der Umstand, dass gerade die führenden Elemente in diesem Sprachenkampfe um das Deutschthum sich absolut nicht zu einem Friedensschlusse herbeilassen wollen, trotzdem die Regierung dazu bereits die Hand geboten hat, dies ist mir ein neuer Beweis, dass es diesen Leuten durchaus nicht um das Deutschthum zu thun ist. Wenn die Regierung sich bereit erklärt, Unterhandlungen über die Sprachenverordnung zu eröffnen, so sagt sie selbst, wenigstens indirect damit, dass hier ein Fehler begangen wurde, der wieder gut gemacht werden soll.

Ich werde also im Sinne meiner Ausführungen für den ersten vorliegenden Antrag, wie er zur Verlesung gebracht wurde, stimmen.

(Lebhafte Zustimmung.)

Kohler: Hoher Landtag! Auf Grund des § 19 unserer Landesordnung ist der eilte dieser uns vorliegenden Anträge eingebracht worden. Wenn ich den § 19 in seinem Wortlaute in das Auge fasse, so könnte ich unter den Einrichtungen, um die es sich hier handelt, eigentlich nur unseren Reichsrath verstehen; denn allgemeine Gesetze, über die wir hier zu sprechen hätten, sind diese Sprachenverordnungen nicht. Ich will jedoch gerne die weiteste Auslegung des § 19 annehmen und habe das selbst damit ausgesprochen, indem ich einen dieser Anträge mit unterfertigt habe. Für einen Patrioten ist denn doch das gegenwärtige Bild unserer Lage, der Lage unseres Vaterlandes, ein überaus trauriges und es scheint wohl, dass wir in unserem Jubeljahre nicht etwa bloß freudige

Ereignisse feiern können, sondern dass auch noch ganz andere Dinge uns bevorstehen.

Wenn nun der h. Landtag von Vorarlberg sich mit dieser Frage befasst, so glaube ich, kann er doch kaum eine andere Absicht haben, als in den hochgehenden Wogen der Leidenschaft ein beruhigendes, versöhnendes Wort zu sprechen und darf nicht etwa durch das, was er sagt, diese Wogen noch höher treiben. Von dieser Absicht geleitet, beschäftigen wir uns mit dieser Angelegenheit.

Es hat der Herr Vorredner, selbst einer der Antragsteller, besonders die Idee der Obstruction hervorgehoben. Ich habe nun allerdings in dieser Sache eine etwas extreme Ansicht, ich gebe das zu; aber ich scheue mich nicht, sie dennoch hier auszusprechen. Ich halte nämlich die Obstruction an sich für verfehlt und diese Taktik mit geordneten Zuständen unvereinbar. Ich will auf das Principielle weiter hier nicht eingehen und nur das bemerken, dass ich allerdings passiven Widerstand nicht bloß für erlaubt, sondern unter Umständen auch für durchaus geboten halte. Aber mir scheint, dass die Obstruction weit über die Grenzlinie des passiven Widerstandes hinausgeht dadurch, dass sie Mittel anwendet, die nicht gut sind, und wir wollen doch nicht dem Grundsätze huldigen, dass der Zweck die Mittel heilige. Wir bekennen uns nicht zu demselben. Praktisch ist es auch jedenfalls richtig, dass man mit der Obstruction sich in einer Sackgasse befindet. Man kommt einfach da nicht mehr weiter, und wir haben jetzt auch die große Gefahr, dass wir, wenn so vorgegangen wird, auch mit unseren politischen Einrichtungen stecken bleiben werden. Jedenfalls hat der Parlamentarismus als solcher durch die Obstruction einen großen Schaden erlitten, denn die Obstruction widerspricht dem Gedanken des Parlamentarismus. Nun ist es allerdings wahr, und es ist das auch das viel verbreitete Gefühl in der Bevölkerung, dass es um unseren Parlamentarismus ja nicht schade sei. (Heiterkeit.)

Ich theile diese Ansicht nicht. Er ist gewiss nicht ein System, welches geeignet ist, die Völker durch die Gesetzgebung zu befriedigenden Zuständen zu bringen. Das verstehen alle, die in einer solchen Maschine schon gestanden sind, die der Parlamentarismus geschaffen hat. Aber er könnte denn doch als Übergangsstadium zu besseren gesunden Einrichtungen sein, die dem Wohlstande und Frieden der Völker förderlich sind. Insoweit bedauere ich denn doch, dass die Obstruction den Parlamentarismus so sehr herabgesetzt und principiell eigentlich desavouiert hat. Jedenfalls, täuschen wir uns nicht! Schauen wir nur auf die Eindrücke, welche dieser Vorgang in der Welt hinterlassen hat. Man kann sie kurz in den Worten zusammenfassen: Die Idee der Revolution hat in

der Obstruction einen Sieg errungen, und die Folgen dieser Vorgänge für unser öffentliches Leben,

XII. Sitzung des Vorarlberger Landtages. II. Session, 8. Periode 1898.

175

werden wir noch zu Kosten bekommen. Wenn ein Herr im Ausschusse ausgesprochen hat, man halte immerhin die Obstruction für besser als die bisherige Taktik, weil sie einen Erfolg errungen, indem sie einen Minister gestürzt habe, so sage ich: ja, meine Herren, trauen wir diesen Erfolgen nicht, die sind zu theuer erkaufte worden.

Was nun die Sprachenverordnungen betrifft, um die es sich hier handelt, so will ich über den Inhalt derselben nicht sprechen. Ich halte es von meinem Standpunkte aus und aus Grund meiner Erfahrungen überhaupt für gewagt, in die Verhältnisse anderer Länder hineinzureden. Da übergreifen wir uns in der Regel. Es geschieht zwar jetzt sehr oft, und unsere heute so ausgewachsene Tagespresse trägt auch dazu bei, dass man wirklich von den Zuständen anderer Länder sich beinahe bessere Kenntniss zutraut als über die Verhältnisse des eigenen Landes. Nun von unserer Presse, überhaupt von der heutigen Tagespresse, muss man wohl auch sagen: Sie ist ein Stück moderner Versimpelung (Heiterkeit), denn die Urtheile, die sich nach der Tagespresse bilden, die lassen denn wohl in der Regel heute an Oberflächlichkeit nichts zu wünschen übrig. Ich will also auf den Inhalt der Sprachenverordnungen hier nicht eiligeren.

Es mag ja sein, dass sie viel enthalten, was sie nicht enthalten müssten und nicht enthalten sollten. Ich enthalte mich da des Urtheiles. Mir machen die Vorgänge den Eindruck, dass die Sprachenverordnungen gar nicht der Grund sondern nur der Vorwand zu diesen tumultuarischen Scenen im Abgeordnetenhaus waren. Es ist das ein schwerer Vorwurf, aber selbst ein liberaler Minister hat den Obstructionisten diesen Vorwurf nicht ersparen können, ein Mann von Erfahrung, dem man denn doch als ihrem deutschen Parteimanne eine gewisse Unbefangenheit nicht wird absprechen können. Dass sie nur ein Vorwand waren, erhellt mir weiter aus dem Umstande, dass, nachdem die Regierung ja diese Sprachenverordnungen als discutierbar erklärte und eine Verständigung über die Sache anbahnen wollte, dieser an sich gewiss vernünftige Vorgang perhorrescirt wurde, dass nur der eine Theil, - und wir müssen es leider nicht zur Ehre unserer Connationalen sagen - der slavische Theil der vernünftiger war und auf den Boden der Verhandlung treten wollte; aber unsere Obstructionisten wollten das nicht.

Es ist nun ein gleicher Versuch wieder im böhmischen Landtage gemacht worden. Ja, mein Gott, wenn eine Partei sich so in einer Sache verhält, sich nicht auf den Boden der Verständigung und Versöhnung begeben will, kann man dann mit Grund annehmen, dass diese Sprachenverordnungen der wirkliche Grund der Obstruction waren, dass sie nicht bloß der Vorwand waren? Mich hat man von dieser Überzeugung nicht abbringen können. Ich stimme daher in diesen Punkten den Ausführungen meines geehrten Herrn Vorredners vollständig bei, weit mehr Vorwand als Grund war da vorhanden. Doch sei dem, wie ihm wolle, eines wird nothwendig sein, und das ist die Verständigung.

Ob nun die Sprachenverhältnisse in Österreich im Wege der Gesetzgebung geordnet werden oder im Wege der Verordnungen, wie es bisher war, und worin man also der Regierung durchaus nicht den Vorwurf der Gesetzesverletzung machen konnte, immerhin wird man sowohl für den Weg der Verordnungen wie für den Weg des Gesetzes die Verständigung zuerst haben müssen. Was helfen uns Gesetze, was helfen uns Verordnungen, wenn sie an dem Widerwillen der Bevölkerung wirkungslos bleiben? Das ist in meinen Augen der Kernpunkt, um den es sich hier handelt.

Die Verständigung muss erzielt werden, und die Verständigung war ja nach den Urtheilen jener, die der Sache nahe standen, schon sehr nahe erreicht, es hat gar nicht viel gefehlt.

Wenn wir also zu dieser Sache ein Wort sprechen, so können wir nur den herzlichsten Wunsch aussprechen, dass der Weg der Verständigung gesucht werde. Dann erst kann es zu einem dauernden Frieden und zu besseren Zuständen führen, als wir bisher, leider Gott, erleben mussten. Wenn daher in dieser Beziehung der erste Punkt der Anträge meiner Anschauung nicht so vollständig entspricht, so glaube ich doch demselben zustimmen zu dürfen, obwohl ich im Ausschusse dem zweiten Theile des Punktes 1 noch nicht zugestimmt habe, weil mir darin eine zu einseitige Auffassung der Sache gelegen war.

Ich begnüge mich damit, meine Auffassung hier bekannt gegeben zu haben und werde also, nachdem dieser ganze Antrag, wie ja der Herr Vorredner gesagt hat, im Wege eines Compromisses so zustande gekommen ist, wenn er als ein solcher Compromissantrag auch etwas angekränkelt ist,

XV. Sitzung des Vorarlberger -Landtages. II. Session, 8. Periode 1898.

demselben doch unter den gegebenen Verhältnissen meine Zustimmung geben.

Landeshauptmann: Wer wünscht noch das Wort?

Jodok Fink: Der Herr Vorredner hat die Anschauung ausgesprochen, dass es sich bei dieser Streite nicht so fast um die Sprachenverordnungen handle. Nun so weit, wie der Herr Vorredner gegangen ist, möchte ich in dieser Anschauung nicht gehen. Ich möchte so nach meiner Anschauung das Richtige etwa in der Mitte finden. Ich meine, die Sprachenverordnungen seien wirklich auch mit ein Grund und eine Ursache, dass die durch dieselben gekränkten Deutschen sich dagegen wehren, und dass sonach die Erlassung der Sprachenverordnungen die bekannten Scenen und die bestehende Verwirrung mitverschuldet hat. Ich glaube aber auch, dass noch andere Gründe auch dabei waren und sind, und für diese Anschauung habe ich folgendes anzuführen.

Vor allem muss ich darauf Hinweisen, dass im Abgeordnetenhaus anlässlich der Stellungnahme gegen die Sprachenverordnungen von einem hervorragenden Führer - wenigstens hält er sich für einen solchen - der Deutschnationalen und Deutschliberalen, dem Herrn Abgeordneten Wolf, so weit gegangen wurde, dass derselbe ganz antiösterreichische Aussprüche machte, und das, glaube ich, wäre zur Wahrung des deutschen Besitzstandes nicht nothwendig gewesen.

Ich werde mit der Erlaubnis des Herrn Vorsitzenden Ihnen eine ganz kurze Stelle aus dem stenographischen Sitzungsprotokolle des Reichsrathes vom 26. October 1897 hier mittheilen. Da hat der Herr Abgeordnete Wolf folgendes gesagt: "Wir denken uns, - und das würde den Rahmen, die Grundlagen des heutigen Österreich nicht anfechten - dass ein Verhältnis mit Deutschland zu einer Innigkeit ausgestaltet werden könnte, wie es zwischen den Bundesstaaten des Deutschen Reiches und dem gesumnten Deutschen Reiche heute besteht. Wir können uns denken, dass Cisleithanien in dasselbe Verhältnis zu Deutschland tritt, wie Sachsen, Bayern und Baden." (Bewegung.) Das hat nach dem stenographischen Protokolle wörtlich der Herr Abgeordnete Wolf im Reichsrathe gesagt. Nun in solchen Reden, die man in

einer parlamentarischen Körperschaft, im österreichischen Reichsrathe, vorbringt, erblicke ich ein Moment, dass bei manchen noch etwas anderes

dieser Hetze zugrunde liegt, als bloß, dass man das deutsche Bewusstsein zum Ausdruck bringen und den deutschen Besitzstand in Österreich wahren wolle. Aus solchen Äußerungen sehen wir, dass gewisse Leute über die schwarzgelben Grenzpfähle hinaus schielen, und dass sie diesen Anlass, den das Ministerium Badeni durch die unglücklichen Sprachenverordnungen ihnen gegeben hat, und den ich immer verurtheilt habe, benützen, um da für diese preußenseuchlerische Deutschthümelei Propaganda zu machen.

Einen weiteren Umstand möchte ich noch anführen, der auch nach meiner Überzeugung dafür spricht, dass es sich nicht blos um die Wahrung des deutschen Besitzstandes handelt, und der liegt darin, dass, wie bekannt ist, auch die Socialdemokraten im Reichsrathe die Obstruction mitgemacht haben. Bekanntlich sind die Socialdemokraten international; sie haben das auch im Reichsrathe ausgesprochen, und doch haben sie bei diesem nationalen Streite die Obstruction mitgemacht, und ich habe mir das nie anders erklären können, als die sind froh, wenn es drunter und drüber geht, und wenn überhaupt Österreich in Fransen gienge. Nur daraus konnte ich mir es erklären, dass die auch immer mitgemacht haben, die sonst bei jeder Gelegenheit und sogar auch im Reichsrathe erklärt haben: "Ja, wir sind da international."

Was meine Stellung zum heutigen Anträge anbelangt, so ist dieselbe, glaube ich, gegeben. Ich habe in dieser Frage im Reichsrathe schon Stellung nehmen müssen, und daher werde ich wohl kaum etwas mehr beizufügen haben, warum ich voll und ganz dem heute vorliegenden Anträge meine Zustimmung gebe.

Bezüglich der Obstruction hat schon der Herr Abgeordnete Ölz darauf hingewiesen, dass der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter hier eine etwas unrichtige Auffassung uns imputieren wollte. Es ist ja im Ausschusse besonders hervorgehoben worden, dass man von unserer Seite, ich möchte sagen, die unparlamentarische Obstruction verurtheile, nämlich jene Scenen hauptsächlich verurtheile, die nicht mehr Obstruction, sondern die eigentlich richtiger Revolution genannt werden müssen, Scenen, die da aufgeführt worden sind

mit Signalpfeifen, Kindertrompeten, Pultdeckeln und Trommeln, Szenen, wobei sogar einer mit offenem Jagdmesser in der Hand drohte, und es so weit kam, dass man das Präsidium herunterwarf.

Das haben wir in erster Linie am allermeisten verurtheilt, dass deutsche Männer und akademisch gebildete Männer noch dazu solche Szenen im Abgeordnetenhaus aufgeführt haben. Damit glaubte ich, sei nicht bloß die nach der Geschäftsordnung zulässige parlamentarische Obstruction ausgeübt worden, sondern diese sei eigentlich in Revolution ausgeartet. Ich habe Ihnen gesagt, dass meine Stellung für mich gegeben sei, weil ich schon früher Stellung genommen habe, und ich kann mich darauf beziehen, dass schon in der 6. Sitzung der XII. Session vom 9. April 1897, als die Dringlichkeitsanträge wegen Aufhebung der Sprachenverordnung vom 5. April der Herren Abgeordneten Jro, Schönerer, Türk, Kittel, Wolf und Genossen, Dr. Funke und Genossen, Steinwender und Genossen auf der Tagesordnung standen, sowohl ich als auch mein verehrter Herr College Loser bei dieser Sitzung für die Dringlichkeit der Behandlung und sonach in gewisser Beziehung für die Aufhebung der Sprachenverordnungen stimmten, (Ruse: Bravo!) und ich will gleich bemerken, dass damals der dritte christlichsocialen Abgeordnete von Vorarlberg, Herr Martin Thurnher, anlässlich einer Landesschulrathsitzung oder Landesausschusssitzung hier im Lande anwesend war und daher an diesen Tagen nicht Stellung nehmen konnte. Ich kann weiters noch mittheilen, dass wir drei christlich-socialen Abgeordneten von Vorarlberg in der Sitzung vom 12. November 1897, als es sich um die erste Lesung des Antrages Dr. Funke, Dr. Groß, Dr. Pergelt und Genossen, betreffend die Erhebung der Anklage gegen die Minister wegen der Erlassung der Sprachenverordnungen in Böhmen und Mähren, handelte, gegen den Übergang zur Tagesordnung gestimmt haben, und damals war die Situation für die Regierung insoferne ziemlich ernst, weil die Majorität, die für den Übergang zur Tagesordnung stimmte, nur mehr sechs Stimmen betrug. Ich glaube nun damit gekennzeichnet zu haben, welche Stellung ich vom Anfänge an in der Sprachenverordnungsfrage eingenommen habe, und .Sie werden mir daher glauben, dass ich heute mit Freude für den Antrag stimmen werde.

Martin Thurnher: Ich beantrage Schluss, der Debatte.

Landeshauptmann:, Der Herr Abg. Martin Thurnher hat Schlafs der Debatte beantragt. Ich bringe zunächst diesen Antrag zur Abstimmung

und ersuche jene Herren, welche demselben zustimmen, sich gefälligst von den Sitzen zu erheben.

Angenommen.

Es hat noch der Herr Berichterstatter das Wort.
Martin Thurnher: JL fühle mich nicht veranlasst, über die etwas divergierenden Anschauungen über den Punkt 1 der vorliegenden Anträge, wie sie sich im Laufe der Debatte dargestellt habeü, weiter noch einzugehen. Ich habe meiner Anschauung in hinreichender Weise sowohl im gedruckt vorliegenden Berichte als auch in den kurzen Einleitungsworten Ausdruck gegeben. Gegen den Antrag selbst ist nichts eingewendet worden; im Gegentheile alle Redner haben zugesichert, demselben beizustimmen, und ich habe daher weiter nichts beizufügen, als die einstimmige Annahme desselben nochmals dem h. Hause zu empfehlen.

Landeshauptmann: Ich schreite also zur Abstimmung über Punkt 1 der Anträge und ersuche die Herren, welche demselben ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben.

Einstimmig angenommen. .

Nun eröffne ich die Debatte über Punkt 2 der Anträge.

Wer wünscht hiezu das Wort?

Dr. Waibel: Geehrte Herren!

Aus aufrichtiger Liebe für unser Vaterland und für unseren allverehrten Monarchen sind wir alle einig in dem Wunsche, dass bald wieder Friede und Ruhe in unseren Gemüthern eintreten möge, um wieder an die nothwendigen Arbeiten schreiten zu können und Dinge zu schaffen, die dringend nothwendig sind.

Die deutschen Landtage unseres cisleithanischen Staatstheiles haben sich sämmtlich in dem Antrage geeinigt, gegen die zunächst bekannte Ursache der Störung der parlamentarischen Thätigkeit Stellung zu nehmen und auf Beseitigung des Grundes dieser Störung hinzuwirken, nämlich auf die

XV. Sitzung des Vorarlberger Landtages. TT. Session, 8. Periode 1898.

Beseitigung der Sprachenverordnungen. Die Landtage haben sich sämmtlich mit diesem Antrage, mit dieser Stellung begnügt.

Unser Landtag ist in der Mehrheit der Ansicht, dass mit diesem Antrage allein die beabsichtigte Wirkung nicht erzielt werde, und dass zur Erzielung einer vollständigen Wirkung noch andere Mittel in Anwendung zu kommen hätten. Den Zweifel, ob mit der Aufhebung der Sprachenverordnungen auch thatsächlich die gewünschte Ruhe und der gewünschte Friede eintreten werde, möchte ich beinahe theilen. Ich habe aber auch Zweifel darüber, dass das Mittel, welches hier im Punkte 2 vorgeschlagen wird, das Ziel, welches man im Auge zu haben scheint, zu erreichen imstande sein werde. Nach meiner Auffassung hat das, was hier vorliegt, was sich bei uns in Österreich nicht erst seit dem verflossenen Jahre sondern seit langer Zeit abspielt, mit der Religion, mit dem Christenthume nichts zu thun. Es ist das ein Stück geschichtlicher Entwicklung, welches weiter zurückgeht und einen längeren Zeitraum umfasst als bloß diese paar Jahre und diese paar Erscheinungen.

Es ist nicht zu verkennen, dass die Nationalitätenidee seit Beginn dieses Jahrhunderts in gewissen Völkern Europas tiefe Wurzeln gefasst und tiefe Wirkungen hervorgebracht hat. Der Chauvinismus, mit dem Frankreich zu Beginn dieses Jahrhunderts Europa überschwemmte und ganz Deutschland unter seinen Füße trat, der hat eine Gegenwirkung erzeugt, welche von einer ganz eminenten und glücklichen Wirkung begleitet war. Die Gewaltthatigkeiten der französischen Heere, des französischen Regimentses waren es, welche in den Deutschen endlich ihr nationales Gefühl erweckten, und die Wirkung ist, das wissen wir ja, nicht eine momentane gewesen. Die Tage vom Jahre 1813 sind vorübergegangen, aber in der Jugend und an den Hochschulen hat dieser Geist fortgelebt und fortgewirkt. Wir wissen, dass auch dort Ausschreitungen in der Jugend sich gezeigt haben, aber diese Ausschreitungen waren eine vorübergehende und an sich weniger bedeutende Erscheinung. In der Hauptsache hat der nationale Geist im deutschen Volke sich fortentwickelt und ist endlich zu einem Erfolge gekommen, der von uns gewiss nur begrüßt werden kann. Im Jahre 1871 konnte der neue deutsche Kaiser dem deutschen Volke verkünden, dass endlich sein langes Sehnen und Trachten in

I Erfüllung gegangen sei, und von diesem Momente an haben wir in der Mitte von Europa ein Staatswesen, welches mächtig dasteht, angesehen

bei aller Welt, nicht bloß in Europa, ein Reich, dessen gedeihliche Weiterentwicklung in ihrem Umfange kaum zu übersehen ist. Wir können uns Glück wünschen über diesen Ausgang, über dies? Wirkung eines Nationalgefühles, denn wir Österreicher haben an diesem Staate nun eine feste Stütze gefunden, wir sind in einen treuen Bund zu diesem Staate getreten.

Auch in einem anderen Theile Europas hat der nationale Geist, der nationale Aufschwung einen Erfolg erzielt, der lange und durch viele Kämpfe angestrebt war und endlich doch vollkommen gelang. Es war die Schaffung des italienischen Nationalstaates. Wir haben in Österreich unter Liesen Kämpfen und dieser Entwicklung der nationalen Idee am meisten mitzukämpfen gehabt. Wie bekannt hat uns dieser Kampf zwei schöne Provinzen, Venetien und die Lombardei, gekostet. Dieser Drang des nationalen Gedankens hat in Österreich im Jahre 1848, abgesehen von den Kämpfen, die wir auf den italienischen Feldern mitzumachen hatten, bei denen ich selbst Zeuge und Mitkämpfer war, in einem anderen Theile zu schweren Kämpfen geführt; das war Ungarn. Sie erinnern sich, was auf den ungarischen Gefilden für Kämpfe stattgefunden haben. Sie sind zwar allerdings niedergeschlagen worden, aber der Gedanke, welcher jenen Kämpfen zugrunde lag, ist doch zum Erfolge gekommen. Der angestrebte magyarische Staat ist doch entstanden und besteht jetzt. Wie kräftig er sich zu gestalten gewusst hat, das hören wir aus dem Zeugnisse, welches der Herr Berichterstatter selbst ausgesprochen hat. Ungarn ist mächtiger in diesem Staate als wir herüben, als die Gruppe des cisleithanischen Staatskörpers.

Es ist noch ein Theil in Österreich, welcher ganz durch und durch von nationaler Idee erfüllt ist. Das ist der polnische Theil unseres Staates. Es hat Zeiten gegeben, wo für diese Idee viel polnisches Blut geflossen ist. Aber die Zeiten sind vorüber. Der Theil Polens, welchen Österreich an sich gezogen hat, hat es verstanden, nach diesem blutigen Kampfe sich auf kluge Weise eine sichere, selbständige Stellung zu verschaffen. Wir haben einen förmlichen polnischen Nationalstaat an

XV. Sitzung des Vorarlberger Landtages. II. Session, 8. Periode 1898.

179

diesem Galizien Es ist demselben eine weitere Autonomie eingeräumt als den anderen Kronländern des Reiches, und die Polen haben durch kluges Verhalten es verstanden, gleich wie Ungarn jetzt innerhalb unseres Staatskörpers, sich eine reichliche Anzahl von Vortheilen zu verschaffen.

Sie erscheinen im österreichischen Reichsrathe nicht als einfache Abgeordnete, sondern sie nennen sich stets nur die polnische Delegation. Meine Herren, der Gedanke an die Wiederaufrichtung des polnischen Königreiches ist in diesen Herren, obwohl sie heutzutage treu zu unserer Monarchie halten, noch lange nicht erstorben. Immer kommen Zeiten, wo dieser Gedanke wieder durchbricht und laut wird.

Nun vergessen Sie nicht, meine Herren, wenn Sie den Dingen, die sich im Reichsrathe und in Böhmen abgespielt haben, ihre Aufmerksamkeit geschenkt haben, dass auch wir Deutsche schon lange einen sehr erbitterten nationalen Kampf vor uns haben. Das ist der Kampf mit den Tschechen und deren Aspirationen. Wäre Böhmen und Mähren bloß von Tschechen bewohnt, dann glauben Sie sicher, ich wenigstens zweifle nicht daran, sie würden sich längst wenigstens jene Selbständigkeit, welche Polen hat, erwirkt haben. Ich zweifle keinen Augenblick daran. Ein Hindernis für die Erreichung dieses Zieles bilden lediglich die Millionen deutschem Bevölkerung, welche in diesen beiden Ländern lebt und auch mitleben will und mitleben muss. -

Bedenken Sie, was jetzt, wo unter der Wirkung der Sprachenverordnungen und des Gefühles nationaler Gefährdung die Deutschen in Österreich erwachen, sich sammeln und zur Wehr setzen, sich zeigt.

Denken Sie an den Krakauer und an den Prerauer Parteitag. Diese beiden Parteitage sind nicht ohne Bedeutung. Dort hat sich eine slavische, tschechisch-polnische Coalition wenigstens auszubilden versucht. Ob sie eine weitere Entwicklung nehmen wird, wissen wir nicht. Aber ich fürchte und denke Mir, wenn der deutsche Widerstand gegenüber demjenigen, was versucht worden ist, seine Ausdauer bewährt, so wird die Verbrüderung, die Coalition dieser beiden slavischen Stämme zweifellos bis zu einem gewissen Grade eintreten.

Nun, meine Herren, das ist das Ende, möchte ich sagen, der Kette eines langen geschichtlichen

Processes, der nicht bloß Österreich berührt, sondern der Mitteleuropa schon seit Beginn dieses Jahrhunderts erfasst hat.

Ich kann nicht erkennen, dass dieser Process irgend etwas mit dem Christenthume und der Religion zu thun hätte. Ich kann mir darum auch gar nicht vorstellen, in welcher Weise auf diesen psychologischen Völkerprocess mit religiösen Mitteln eingewirkt werden könnte. (Pfarrer Thurnher: Oho!) Ich traue Ihnen soviel historische Einsicht zu, dass Sie das auch nicht ernstlich

meinen können. Ich erlaube mir der Ansicht zu sein, dass es Ihnen lediglich um die Gelegenheit zu thun ist, wieder einmal die Forderung nach den Schulen und nach der Herrschaft der Kirche zu erheben. Meine Herren, wir sind ebenso gut getauft wie Sie. Wir machen aber einen Unterschied zwischen Christenthum und Ultramontanismus.

Das sind zwei grundverschiedene Dinge. Christen sind wir, Ultramontane sind wir nicht und wollen es auch nicht werden und wünschen nicht, dass die Bevölkerung ultramontan werde. Wir sehen darin ein besonderes Glück nicht.

Wir haben Gelegenheit genug gehabt, Zeugnisse von verschiedenen einsichtsvollen Kirchenfürsten zu lesen, welche bei verschiedenen Anlässen diese Richtung, die in der katholischen Kirche eingeschlagen wurde, perhorrescieren und als ein Unheil für dieselbe bezeichnen und bedauern. Diese Ansicht theilen auch wir. Wir können darum aus Misstrauen gegen die Absichten, die im Artikel 2 gelegen sind, für diesen Artikel 2 nicht stimmen. Wir verbieten uns aber, uns zu denuncieren, dass wir keine Christen seien.

Ich glaube damit im wesentlichen unseren Standpunkt gegenüber dieser Frage gekennzeichnet zu haben und kann erklären, dass wir aus den Gründen, welche ich hier dargestellt habe, gegen diesen Punkt 2 stimmen werden und denselben nicht acceptieren können.

Landeshauptmann: Wer wünscht noch weiter das Wort?

Kohler: Ich muss mir doch erlauben, bezüglich dieses Punktes aus die Ausführungen des geehrten Hrn. Vorredners einiges zu entgegnen. Er hat uns ein gutes Stück der letztvergangenen Geschichte in nationaler Beziehung vor Augen geführt, und ich will seiner

180

XV. Sitzung des Vorarlberger Landtages. IT. Session, 8. Periode 1898.

Darstellung, in der er von seiner Weltanschauung aus die Sache auffasst, hier nickt entgegentreten. Es ist ja richtig, die nationale Idee ist in unserer Zeit zu einer gewaltigen Stärke angewachsen, zu einer Stärke, wie sie vielleicht seit dem alten Heidenthume kaum jemals angewachsen war, und wir nähern uns in der That in dieser Beziehung wieder den Anschauungen der vorchristlichen Zeit. An und für sich ist es ja ganz richtig, es hat auch die nationale Idee ihre Berechtigung, wer wollte das leugnen. Es ist gleichsam die Idee einer Völkerfamilie durch das Band gleicher Sprache, Abstammung, Sitte, Gewohnheit und Gesetze verbunden. Wer wollte nicht der nationalen Idee

ihre Berechtigung zuerkennen. Aber das Übel liegt in der Übertreibung dieser Idee. Wie die alten Römer und Griechen jeden, Der nicht ihrer Nation angehörte, mit dem kurzen Namen "Barbar" bezeichneten, sind wir jetzt auch wiederum bald dahin gekommen. Es hat wirklich jetzt eine nationale Überhebung bei den Völkern platzgegriffen, die viel weiter geht als sie berechtigt, ja die so weit geht, dass die Nationalität selbst als Grundlage der Staatenbildung betrachtet wird. Wir dürfen sagen, die Ausbildung der Nationalitätsidee zu diesem Riesenumfange charakterisiert unsere Zeit, hat ihr aber auch die ganze öffentliche Unsicherheit und den erdrückenden Militarismus auf den Hals gebracht.
(Rufe: Sehr richtig!)

Es waren die Franzosen am Anfänge dieses Jahrhunderts, die von dieser Idee getragen uns unterjochten; es war auch in Deutschland mit dieser Idee vor einem Vierteljahrhunderte ein nach außen hin imposanter Erfolg errungen worden. Ob aber dieser Erfolg nicht sehr theuer bezahlt wurde durch unsere Militärlasten, das lasse ich die Herren selbst beurtheilen. Ich glaube, gerade dieses Ausschreiten, dieser Missbrauch der nationalen Idee hat uns den heutigen Militarismus zum größten Theile eingebracht. Insoweit dürfen wir uns nicht glücklich schätzen, dass die nationale Idee in solch vehementer Weise wie jetzt sich geltend macht. Aber nun leben wir einmal in dieser Zeit, diese nationalen Staaten und diese großen Heere sind entstanden, Verträge hat man aus Grund dieser Idee zerrissen, und wer am meisten bedroht ist, das ist natürlich in Europa jenes Reich, welches auf diese Idee sich nicht stellen kann, ohne sich aufzugeben, es ist Österreich. Daher auch der

Sturm gegen dieses Reich, welches diesen modernen Boden seiner Existenz geschichtlich nicht hat und ihn auch heute nicht annehmen darf, nicht annehmen kann. Die nationale Idee in dieses Auffassung treibt Österreich auseinander. Nach unserer christlichen Weltauffassung ist, wie gesagt, diese Idee in ihrer natürlichen Begrenzung richtig, in ihrer heutigen Übertreibung aber durchaus falsch. Wenn man auf diesem Boden christlicher Weltauffassung steht, so muss man gerade in der jetzigen Zeit, wo die Völker unter der Last des Militarismus seufzen, unserem Vaterlande eine große culturhistorische Mission zuerkennen. Ist ja kein Geschöpf, weder ein Individuum noch ein Staatengebilde ohne einen Zweck, umsomehr ein solcher Staat mit einer so langen Geschichte, mit solcher Zusammensetzung hat seine Mission. Österreich hat seine Mission in der Vergangenheit gehabt und hat sie erfüllt. Sie ist heute eine andere geworden. Europa hat sich nicht mehr des Anpralles östlicher wilder Völker zu erwehren. Jetzt hat Österreich eine andere Aufgabe, nämlich seine verschiedenen Nationalitäten auf dem Boden eines Staatengebildes

zu versöhnen. Das ist jetzt seine Mission. Erfüllt es dieselbe, so erfüllt es sie zu seinem Heile und zum Heile der germanischen wie slavischen Völker, erfüllt es die Aufgabe aber nicht, so wird es untergehen. Daher der bekannte, nun nicht mehr lebende Feind Österreichs Mazzini auch diesen Punkt insbesondere als sein politisches Testament hinterlassen hat, in Österreich die nationale Idee anzufachen, den Nationalitätenstreit zu fördern, denn das sei der sicherste Weg zu Österreichs Untergang. So sehen wir jetzt Österreich gerade an dieser Ausgabe. Wird es sie lösen oder nicht? Das heißt für Österreich Sein oder Nichtsein. Wir hoffen zu Gott, dass es sie lösen und es gelingen werde, in Österreich die verschiedenen Nationalitäten, die es seit Jahrhunderten bewohnen, in ihrer freien Entwicklung zu fördern, sie zu selbständigem Fortschritte zu führen und den Frieden in sich zu erhalten. Wir hoffen es. Nun gehört allerdings gerade dasjenige dazu, was der Herr Vorredner als nicht dazu gehörig betrachtet, nämlich das Christenthum, (Dr. Waibel: Ultramontanismus!) weil nur das Christenthum die nationale Idee richtig zu erfassen vermag und uns dieselbe richtig begrenzt. Das Christenthum gestattet uns Deutschen nicht, von minderwertigen Nationalitäten zu reden. Denn

XV. Sitzung des Vorarlberger Landtages. II. Session, 8. Periode 1898.

181

der Herr hat die Deutschen wie die anderen Nationen erschaffen, und es ist sonderbar, jede Nation, sei sie auch in dem, was wir heute Cultur nennen, weit zurück, hat doch ihre Eigenheiten, die wieder der anderen fehlen. Also die Auffassung des Christenthums allein kann in dieser Frage uns auch zu einem dauernden Frieden verhelfen. Es braucht da die christliche Auffassung der Nation wie die christliche Auffassung des Menschen selbst. Es darf nicht der Geist der Überhebung und die Verachtung anderer Nationalitäten, wie es heute geschieht, platzgreifen, das gestattet uns das Christenthum nicht. Je tiefer wir uns in den Geist des Christenthums versenken, desto mehr sind wir geneigt, jeden Menschen ohne Rücksicht auf seine Nationalität mit Achtung und Liebe zu behandeln. Nun von dieser Stimmung merken wir in unserer nationalen Bewegung leider sehr wenig, und deshalb thun wir uns auch so hart mit einer friedlichen Lösung. Das hat eben der vorliegende Punkt in sich und da muss allerdings wieder angesetzt werden. Übrigens ist das nicht bloß die Ansicht von uns Ultramontanen, wie uns der Herr Vorredner genannt hat, sondern ich kann Ihnen da ein Beispiel geben von einem Manne, der nichts weniger als ultramontan ist, einem ehemaligen Collegen, mit dem ich über die böhmischen Verhältnisse gesprochen habe. Der sagte mir ganz aufrichtig:

"Ich bin ja nicht Katholik, wie Sie es sind, aber glauben Sie mir, wenn es gelungen wäre, in Böhmen vor einem Jahrzehnte das zu erreichen, was wir anstreben, nämlich die Krönung unseres Königs, so wären wir jetzt nicht mehr in diesen Zuständen, sondern wären weit vorwärts gekommen. Jetzt muss dies immer noch angestrebt werden, aber die Wirkung wird heute nicht mehr "dieselbe sein, weil unser Volk in religiöser Beziehung sehr zurückgegangen ist. Darum geht es jetzt um so viel härter. Damals hätte sich unser Volk noch mit aller Liebe um seinen König geschaart, jetzt haben wir schon den Socialismus in unseren beiden Nationen, es ist eine Erkaltung des religiösen Gefühles eingetreten, und ein Ausgleich ist weit schwieriger geworden." So sprach mit mir ein College, der nichts weniger als ultramontan war. Ich konnte also daraus schließen, dass selbst in diesen Leuten das Bewusstsein schon wach wird, dass es da fehlt. Vielleicht kommen wir auch noch allgemein dazu, zu verstehen, was wir

sehr, sehr entbehren, die christliche Lebensauffassung, die in weiteren Kreisen verblasst oder nicht mehr, vorhanden ist. Ich kann daher diesem Punkte des, Antrages nur aus vollem Harzen zustimmen und glaubte mich verpflichtet, auf die Auffassung der nationalen Idee, wie sie der Herr Vorredner uns kundgegeben hat, diese wenigen Worte erwidern zu müssen.

Landeshauptmann: Der Herr Abgeordnete Pfarrer Fink hat das Wort.

Pfarrer Fink: Ich möchte den Worten des unmittelbaren Herrn Vorredners noch etwas beifügen.

Jede Erziehung, auch die nationale, muss geleitet sein von Grundsätzen, von einer Grundanschauung; und wenn der Sprachenausschuss es in seine Anträge ausgenommen hat, dass die christliche Weltanschauung eben jene Quelle sei, aus welcher heraus eine christliche Lebensanschauung auch in nationalen Fragen, in nationaler Beziehung zu schöpfen sei, so ist das gewiss die richtige Anschauung.

Das Christenthum ist jene heilige Religion, welche sowohl die wahren Grundsätze als auch die Mittel an die Hand gibt, die Völker nach ihren Eigenarten zu erziehen, zu ihrem eigenen Glück, und sie geeignet zu machen, dass sie sich in. ihrem Verhältnisse mit anderen. Nationalitäten glücklich fühlen können. Was die Überschreitung des nationalen Gefühles und Strebens anbelangt, so-hat dies der Herr Abgeordnete Kohler schon hervorgehoben.

Es kann da stark übertrieben werden, und wenn einmal diese nationale Anschauung keine christliche mehr ist, dann sinken wir zurück in die

heidnische Anschauung der Nationalität und in die Barbarei des Heidenthumes. Schon die Anschauung der christlichen Religion, die Wahrheit: es ist ein Gott, die Wahrheit über die Erschaffung, Erlösung und Heiligung, die Wahrheit über die Anerkennung der Würde des Menschen, dass der Mensch mehr wert ist als seine Sprache, die Anerkennung dieser Wahrheiten wird zur Lösung der Nationalitätenfrage beitragen, denn wir haben vom Erlöser der Welt das Gesetz der Liebe und zwar für alle Nationalitäten. Der Herr hat, die Apostel hinausgeschickt mit den Worten: "Geht hin zu allen Nationen, prediget das Evangelium

XV. Sitzung des Vorarlberger Landtages. II. Session, 8. Periode 1893.

und lehret sie alles halten, was ich euch befohlen habe.- Sein Gesetz hat er zusammengefasst in ein doppeltes: in die Liebe aller Nationen zu einem Gott und die Liebe des Nächsten wegen Gott. Diese Liebe des Nächsten hat er darin Zusammengefasst, dass er sagte: "Was du nicht gerne hast, dass man dir thue, das füge auch nicht einem anderen zu."

Weil die Erziehung bei der Jugend * beginnen muss, so fordern wir, dass auch diese Erziehung in der Schule christlich sei. Wenn der Herr Abgeordnete Dr. Waibel so scharf unterscheidet zwischen Christenthum und Ultramontanismus, möchte ich sagen, begibt er sich da auf einen sehr gefährlichen Standpunkt. Ich will da nicht dogmatisch erläutern warum, sondern wir erkennen einfach an, dass die Repräsentantin des Christenthums die heilige katholische Kirche ist. Den Ultramontanismus als katholische Kirche auffassen und verwerfen, bedeutet soviel, als die Verwerfung des wahren Christenthumes, die Verwerfung der katholischen Kirche! Dann ist auch das noch. Überall wo christliche Kirchen gegründet wurden gegen die eine katholische Kirche, hat man nur nationale Kirchen und nicht mehr die apostolische Kirche, nicht mehr die allgemeine katholische Kirche, die Trägerin der christlichen Wahrheit.

Ich stimme dem Antrage von ganzem Herzen bei, wie er gestellt ist, dass nämlich das Christenthum wohl das beste, ja einzige Mittel ist, um eine Versöhnung der Nationalitäten herbeizuführen.

Pfarrer Thurnher: Der Herr Abgeordnete Dr. Waibel hat es unter anderem als einen Sieg der nationalen Idee hingestellt, dass auch die italienische Nation es zu einem einheitlichen Staate gebracht hat. Er hat aber unterlassen zu sagen, in welcher Weise das geschehen ist, nämlich in der Weise eines gewaltthätigen, ganz und gar widerrechtlichen Raubes. Wenn er diese Art und Weise, einen nationalen Staat zu gründen, für richtig

und recht anerkennt, dann glaube ich, muss er auch das Streben einer anderen groß werdenden Partei anerkennen, nämlich der Socialdemokratie. Die kämpft zunächst um die Existenz des Lebens, und wenn nun diese Partei auch zu solche gewalthätigen Mitteln greift und das Eigenthum gewaltsam an sich reißen will ohne Rücksicht auf den Grundsatz: "Jedem gehört das Seine" so thut sie in

Wirklichkeit nichts anderes, als was die italienische Nation oder vielmehr deren Führer gethan als sie nämlich den Kirchenstaat gewaltsam eingesackt haben. Dieser Kampf um die Existenz ist, glaube ich, noch weit eher berechtigt als der für die nationale italienische Idee. Denn, meine Herren, wenn es sich um die Existenz, um Sein und Nichtsein handelt, "da muss man wohl sagen, dass die Existenz bei weitem höher steht, als die nationale Idee. Wenn man schließlich verhungert, dann hört überhaupt jede nationale Idee aus. Der Herr Abgeordnete Dr. Waibel hat gesagt, sie - seine Partei - seien Christen aber keine Ultramontanen; kluger Weise hat er es unterlassen, eine Erklärung, zu geben von dem Unterschied zwischen seinem Christenthume und dem Ultramontanismus, den er im Auge haben will. Nun ich glaube, wenn er eine Erklärung hätte geben wollen, so wäre er wahrhaftig in die größte Verlegenheit gerathen. Wenn wir die christliche Schule beanspruchen, so geschieht das nicht deshalb, weil die Kirche die Macht über die Schule erlangen will, es handelt sich hier durchaus nicht um die Frage der Macht, des Besitzstandes, und ich stütze mich da bloß auf die herrlichen Worte, die im verflossenen Jahre gerade an dieser Stätte unser hochwürdigster Bischof von Feldkirch ausgesprochen hat. Er hat erklärt, dass nur der gegen die Forderung, einer christlichen Schule in Oesterreich Widerspruch erheben kann, der nicht mehr auf katholisch-christlichem Boden steht.

(Rufe: Sehr richtig!)

Eines glaube ich diesen Worten noch beifügen zu müssen. Ich bin der vollständigen Überzeugung, dass wir in dieser Beziehung mit der liberalen Partei nie werden eine Einigung erzielen können, weil wir eben auf einem wirklich christlichen Boden stehen, sie aber bloß auf dem Boden eines eingebildeten Christenthums.

Landeshauptmann: Wenn niemand mehr das Wort wünscht, ist die Debatte geschlossen. Der Herr Berichterstatter hat noch das Wort.

Martin Thurnher: Ich hätte noch einige Bemerkungen zu den Ausführungen des Herrn Dr. Waibel zu machen. Angesichts des Umstandes aber, dass bereits einige Herren Redner diese

Frage in hinreichender Weise beleuchtet haben und angesichts der vorgeschrittenen Zeit verzichte ich auf die weiteren Ausführungen.

Landeshauptmann: Ich schreite nun zur Abstimmung über Punkt 2 der Anträge und ersuche jene Herren, welche demselben ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen erheben zu wollen. Es ist die Majorität.

9hm kommt die Debatte über Punkt 3 der Anträge.

Ganahl: Sie dürften meine Herren aus der Thatsache, dass ich selten im hohen Hause das Wort ergreife, entnommen haben, dass ich an einem unfruchtbaren politischen Kampfe keine Freude habe. Wenn ich mir aber zu Punkt 3 ihrer Anträge das Wort erbeten habe, so geschieht es auch nicht, um mit Ihnen zu kämpfen oder vielleicht einen Bekehrungsversuch bei der Majorität zu unternehmen, Sie von Ihren föderalistischen Neigungen abbringen zu wollen.

(Heiterkeit.)

Nein, ich will nur mein Bedauern darüber aussprechen, dass Sie es mit Punkt 3 Ihrer Anträge glücklich zustande gebracht haben, Ihre mannhafte Erklärung gegen die Sprachenverordnungen, welche im Punkt 1 enthalten ist, ganz wesentlich abzuschwächen. Während Sie im Punkte 1 sich Ihrer Stammesgenossen in Böhmen nachdrücklichst annehmen, liefern Sie dieselben mit Punkt 3 Ihrer Anträge an das Messer Ihrer nationalen Gegner.

(Rufe auf der Linken: Ganz richtig!)

Sie streicheln deren Wange mit der einen Hand, um ihnen mit der anderen Hand einen Schlag zu versetzen. Ich hoffe indessen, dass Ihre diesfälligen Bestrebungen nur fromme Wünsche bleiben werden, ich vertraue darauf, dass jede österreichische Regierung eine unüberwindliche Scheu empfinden dürfte, die Centralgewalt des Reiches zu schwächen und einen Schritt gegen den Föderalismus zu thun. Der Gedanke scheint mir nämlich zu absurd, dass man in der einen Reichshälfte nach dem Recepte eines strammen Centralismus regieren, in der anderen Hälfte aber den Schwerpunkt in die Landtage verlegen soll.

Im Sinne dieser Ausführungen werde ich natürlich gegen Punkt 3 der Anträge stimmen.

Landeshauptmann: Wer wünscht weiter das Wort?

Der Herr Abgeordnete Dressel!

Dressel: Ich will nur einen Punkt berühren. Der Herr Abgeordnete Ganahl hat den centralistischen Standpunkt hervorgekehrt und gemeint, die Regierung werde, da man schon in Ungarn centralistisch regiert, auch in Cisleithanien nicht anders als centralistisch regieren können. Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass das Deutschthum in der anderen Reichshälfte gerade dem centralistischen Systeme seinen Untergang verdankt.

(Rufe rechts: Sehr richtig!)

In Ungarn hat das Deutschthum ganz aufgehört, dort geht der Centralismus so weit, dass nicht einmal mehr deutsche Ortsnamen geduldet werden. Auch die letzten Reste des Deutschthums in Siebenbürgen sollen dadurch untergehen, dass man die deutschen Ortsnamen magyarisiert.

Kohler: Meine Herren! Ich glaube auch zu verstehen, dass der Herr Abgeordnete Ganahl ein gewisses Grauen vor dem Föderalismus hat, denn er malt ihn so schrecklich als ein Ungeheuer an die Wand, dass ich mich auch fürchten würde vor ihm, wenn er so aussehen würde. (Heiterkeit.)

Es ist traurig, dass wir in so vielen Dingen in unseren Anschauungen so weit auseinander gehen, dass wir uns schwer mehr verständigen können, besonders auch in diesen staatsrechtlichen Fragen.

Macht auch wiederum die Presse als ein Stück moderner Versimpelung sich geltend oder wo kann es fehlen, dass Männer mit nüchternem Verstande und Urtheil so weit auseinander gehen?

Ich möchte in dieser Beziehung nur das kurz gegenüber dem Herrn Vorredner bemerken, dass wir unter Föderalismus gar nicht das verstehen, was er zumuthet. Wir verstehen darunter den Centralismus, wie er eben im Interesse der Machtstellung Österreichs nothwendig ist, so fest als er ihn selbst wünscht. Wir schließen nicht etwa den Centralismus aus; er muss und soll bestehen in allen jenen Punkten, welche die Machtstellung, die Einheit und Größe Österreichs berühren. Aber in allen übrigen Angelegenheiten lasse man doch die Verschiedenheit der Völker, Nationen und Län-

XV. Sitzung des Vorarlberger Landtages. II. Session, 8. Periode 1898.

der und ihre geschichtliche Entwicklung gelten und suche nicht alles nach Einer Schablone einzurichten. Das also liegt in unserem Föderalismus: die Autonomie, wo sie hingehört, und die Centralisation, wo sie hingehört. Das ist unser Föderalismus.

Das ist aber nicht jenes Schreckbild, welches man auf jener Seite sich ausmalt, sondern doch nur ein vernünftiger Zustand für einen Staat. Nun diese politischen Richtungen kämpfen hier im hohen Hause schon seit Jahrzehnten. Im Jahre 1874 also schon vor 24 Jahren hat uns die Regierung, als wir uns beklagen wollten über den centralistischen Schritt, der mit der directen Reichsrathswahl gemacht wurde, die Thüre zugeschlossen und uns nicht zum Worte kommen lassen. Das ist jetzt anders geworden. Jetzt können wir doch wenigstens wiederum reden und jetzt können wir auf die Entwicklung Hinweisen, die dieser Centralismus genommen hat. Er ist, wie die letzten Vorgänge beweisen, jetzt so ziemlich an seinem Ende angekommen, bei der Obstruction. Die Maschine geht nicht mehr weiter. Man hat geflickt mit Wahlreformen, man hat alles mögliche gethan, um das System aufrecht zu erhalten, aber die Sache will halt doch nicht gehen. Dieser unser Centralismus hat sich denn doch bald zu Tode gearbeitet. Andere Staaten haben nicht einen solchen Widerstand entgegengesetzt, die konnten centralisiert werden. Aber Oesterreich setzt ihm seiner Natur nach einen großen Widerstand entgegen, und er muss da doch unterliegen. Wenn wir also hier im 3. Punkte der Anträge auf eine Rückkehr, eine nothwendige Rückkehr aufmerksam machen, so glaube ich, sind wir das dem Vaterlande schuldig. Wir müssen wiederum zurück auf den Boden d. h. das Grundgesetz unserer Verfassung.

Eine mächtige Partei hat gleich ein Jahr nach dem Zustandekommen dieses Grundgesetzes sich dafür eingesetzt, diesen Boden Schritt für Schritt zu verlassen. Wir müssen wieder zurück auf diesen Boden. Ich glaube, diese Erkenntnis dämmert denn doch auf; mir wenigstens scheint es, sie müsse aufdämmern. Es muss bald wieder Ächt werden, und man muss von diesem Irrthume abkommen, Oesterreich nach dieser modernen Schablone regieren zu wollen, diese alte, geschichtlich so hart gewachsene Monarchie.

Was ist das z. B. für ein Zustand? Welche Widersprüche bestehen zwischen unserer Landesordnung und dem Reichsgesetze über den Reichsrath?

Wir haben den § 16 in unserer Landesordnung, welcher dem Landtage das Recht vindiciert, den Reichsrath zu beschicken. Der Landtag allein hat das Recht, die Landesordnung im Vereine mit der Krone abzuändern und somit auch diesen Punkt. Wir

haben ihn nie abgeändert, er steht immer noch da, unsere Landesordnung ist noch immer intakt und zu Recht bestehend. Mit einem Gewaltschritte ist man aber über dieselbe hinausgegangen. Man hat lange gezögert, auch die liberale Partei, ob es möglich sei, dass Reichsrecht Landrecht breche; ob der Reichsrath die Befugnis haben könne, die Landesordnung abzuändern. Schließlich konnte sich die Partei nicht mehr an der Herrschaft erhalten, denn die Landtage zeigten sich störrig, und da hat man sie einfach entwaффnet, hat Gewalt über die Landtage ergehen lassen und jetzt hat man die Wahl directe, d. h. ohne sie vorgenommen. Näher will ich auf diese Wahlfrage heute nicht eingehen, aber wer mit dem Reichsrathe und seinen Verhältnissen bekannt ist, wie es ja mehrere Herren hier im hohen Hause sind, der wird sich gewiss sagen müssen, dass es zu solchen Dingen, zu solchen Zuständen, wie sie im letzten Jahre waren, mit dem Reichsrathe als der Delegation der Landtage, wie sie im Sinne unseres Grundgesetzes liegt, unmöglich gekommen wäre. Jeder, der die Verhältnisse kennt, weiß auch, dass es gerade dieser Punkt ist, welcher unsere Reichsvertretung immer so ohnmächtig und so unfruchtbar macht. Wir kommen ja da unten vor lauter Reden nicht zum Handeln, und die Größe des Hauses ist erst recht ein Hindernis für die Lösung seiner Aufgaben. Es muss da eine Änderung Eintreten, es kann nicht anders sein.

Wenn die traurigen Vorgänge und Bewegungen im letzten Jahre uns als Österreicher auch wirklich betrüben, so haben sie doch wieder die gute Seite, dass man anfängt, besonnen zu Urtheilen und sich über die großen Aufgaben einer solchen Reichsvertretung wieder besseren Anschauungen zu erschließen. Es ist ja schon rein praktisch genommen, wenn wir in staatsrechtlichen Fragen gar nicht auf Principien eingehen, so gar nicht mehr weiter zu kommen. Dieser Reichsrath muss entlastet werden; es kann unmöglich so vorwärts gehen, so bleiben die wichtigsten Aufgaben, die im Staate zu lösen sind, am Nagel hängen. Man kommt einfach nicht vorwärts.

Im letzten Jahre hat man obstruiert und

XV. Sitzung des Vorarlberger Landtages. II. Session, 8. Periode 1898.

185

damit geglaubt, dem Vaterlande einen Dienst zu leisten. Was im nächsten Jahre geschieht, weiß ich nicht, weiß heute wohl niemand. Selbst wenn man will, kommt man nicht weiter, man thut zu schwer. Also dieser Weckruf zeigt uns, dass wir Anlass nehmen sollen, in diesen so verwirrten Zuständen doch wiederum das Recht der Selbständigkeit der Länder zu betonen. Auf diesem Boden

würde uns nicht eine Weltanschauung trennen, auf diesem Boden könnten sich alle Parteien im Ländchen zusammenfinden. Da könnte jeder beistimmen, da handelt es sich nicht um eine christliche oder unchristliche Weltanschauung sondern um das Wohl unseres Landes und Reiches, und in diesem Punkte könnten wir uns hoffentlich noch einigen.

Mein sehnlichster Wunsch wäre, dass endlich in seinem Jubeljahre unser erhabener Monarch, der sich um die Ausgestaltung verfassungsmäßiger Zustände im Reiche durch das Grundgesetz des Jahres 1860 ein so hohes Verdienst erworben hat, die Freude erleben möchte, dass wieder auf diesem gesunden Boden des Grundgesetzes eine Neugestaltung des Vaterlandes und damit der innere Friede zustande käme.

(Beifall rechts.)

Ganahl: Nur wenige Worte seien mir gestattet.

Ich werde mich nicht in eine längere Erörterung staatsrechtlicher Fragen einlassen. Der Herr Vorredner hat aber einen Ausspruch gethan, den ich nicht unwiderlegt lassen kann; er hat nämlich gesagt, die Tagespresse sei ein Instrument moderner Versimpelung. Er hat die Presse seiner Partei keineswegs ausgenommen, worüber ich ihm natürlich von meinem Standpunkte aus keinen Vorwurf machen kann. (Heiterkeit.)

Nachdem er aber die deutsch - fortschrittliche Presse auch nicht ausgeschlossen hat, so muss ich darauf erwidern, dass die deutsch - fortschrittliche Presse im Gegentheile fortwährend einen mühevollen Kampf gegen die Volksversimpelung führt. Weiter habe ich nichts zu bemerken, da ich die Debatte nicht noch mehr in die Länge ziehen möchte.

Pfarrer Thurnher: Ich glaube der Herr Laudeshauptmann-Stellvertreter war nicht sonderlich glücklich, als er sich bei Begründung seines Volums über den dritten Punkt der Anträge auf

Ungarn berufen hat und zwar auf das dort herrschende centralistische System. Bekanntlich ist es mit diesem ungarischen Centralismus dahin gekommen, dass die einzelnen Nationalitäten allmählich voll und ganz verschwinden. Es ist dahin gekommen, dass die Unzufriedenheit der Völker immer mehr sich steigert und der Kampf um die Existenz der einzelnen Nationalitäten immer heftiger wird. Das aber kann doch unmöglich zu glücklichem Wohlstände und zur Erstarkung eines Reiches führen. Wenn wir indessen ein vernünftiges föderalistisches System anstreben, dann haben wir keineswegs im Sinne, etwa die einzelnen Nationalitäten einander auszuliefern; denn wir sind zugleich für die Einführung nationaler Curien,

damit auch eine nationale Minorität in ihrer Existenz und ihrem Weiterbestände geschützt und gesichert wird. Ein solches Gesetz müsste selbstverständlich von unserer Reichsvertretung geschaffen werden. Das ist es, was wir diesbezüglich im Auge haben. Wenn wir aber fordern, dass der Reichsrath entlastet, das Recht der Landesgesetzgebung aber erweitert werde, so streben wir damit nichts anderes an als dasjenige, was auch die Krone für nützlich, ja sozusagen als nothwendig erklärt hat. Denn auch aus dem Munde des Monarchen ist der Ausspruch erflossen, es dürfte gut und nützlich sein, wenn einmal die Agenden des Reichsrathes vermindert und ein Theil derselben an die einzelnen Landesvertretungen beziehungsweise Landtage übermittleit werden. Wir dürfen aber doch gewiss sein, dass unserer Krone daran liegt, die Macht und Festigkeit des Reiches fortzuerhalten. Also selbst die Krone hat, wie gesagt, erkannt, dass man auf die bisherige Weise mit diesem strammen, excentrischen Centralismus in Österreich zum Wohle der Völker nicht mehr weiter regieren könne. Deshalb halte ich den dritten Punkt der Anträge für vollkommen begründet und werde auch aus vollem Herzen dafür stimmen.

Nägele: Ich beantrage Schluss der Debatte.

Landeshauptmann: Der Herr Abgeordnete Nägele beantragt Schluss der Debatte. Ich ersuche jene Herren, welche diesem Antrage zustimmen, sich zu erheben.

Angenommen.

186

XV. Sitzung des Vorarlberger Landtages. H. Session, 8. Periode 1898.

Der Herr Berichterstatter hat noch das Wort.

Martin Thurnher: Ich hätte mir verschiedene Notizen gemacht, glaube mir aber den Dank des hohen Hauses und insbesondere der Stenographen zu verdienen, wenn ich auf die Schlussworte verzichte.

Landeshauptmann: Ich schreite nun zur Abstimmung über Punkt 3 der Anträge und ersuche jene Herren, welche demselben ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben.

Es ist die Majorität.

Ich habe dem hohen Hause noch mitzutheilen, dass sich der Sprachenausschuss nach der Haussitzung zu einer Sitzung versammeln wird; Gegen-

stand der Tagesordnung ist der Antrag der Herren Abgeordneten Dr. Waibel und Genossen, betreffend

die Reform der Landtagswahlordnung.

Die nächste und zugleich Schlussitzung unserer diesjährigen Session beraume ich auf morgen Vormittag 10 Uhr an mit folgender Tagesordnung:

1. Wahl der Berufungscommission für die Personaleinkommensteuer.
2. Bericht des Sprachenausschusses über den Antrag der Herren Abgeordneten Dr. Waibel und Genossen, betreffend die Reform der Landtagswahlordnung.

Die heutige Sitzung ist geschlossen.
(Schluss der Sitzung 12 Uhr 40 Min.)

Druck von J. N. Teutsch in Bregenz.

Vorarlberger Landtag.

15. Sitzung

am 8. Februar 1898

unter dem Voritze des Herrn Landeshauptmannes Adolf Rhomburg.



Gegenwärtig 19 Abgeordnete. Abwesend: Hochwürdigster Bischof und Johannes Thurnher.

Regierungsvertreter: Herr Statthaltereirath Josef Graf Thun-Hohenstein.

Beginn der Sitzung um 10 Uhr 5 Minuten vormittags.

Landeshauptmann: Ich erkläre die heutige Sitzung für eröffnet und ersuche um Verlesung des Protokolles der letzten Sitzung.

(Secretär verliest dasselbe).

Wird gegen die Fassung des Protokolles eine Bemerkung zu machen gewünscht? —

Da dies nicht der Fall ist, so betrachte ich dasselbe als genehmiget.

Wir gehen zur Tagesordnung über. Auf derselben steht als erster Gegenstand der Bericht des Steuerausschusses über die vom Landtage in die Erwerbsteuer-Landescommission für die Personaleinkommensteuer vorzunehmenden Wahlen.

Ich ersuche den Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Dressel, das Wort zu ergreifen.

Dressel: Hohes Haus! Nach dem Gesetze vom 25. October 1896, R. G. Bl. Nr. 220 über die directen Personalsteuern sind in Vorarlberg zwei Landescommissionen zu creieren und zwar eine Erwerbsteuer-Landescommission nach § 19 und eine Berufungscommission für die Personaleinkommensteuer nach § 177 B des genannten Gesetzes, deren Mitglieder zum Theile vom Landtage zu wählen sind.

Nach § 19 und dem Schema A zu diesem Paragraph ist die Erwerbsteuer-Landescommission so zu creieren, daß der Landtag nach einem von

ihm zu bestimmenden Wahlmodus 4 Mitglieder wählt, die Regierung 4 Mitglieder, darunter den Vorsitzenden, ernannt und die Handels- und Gewerbekammer 1 Mitglied entsendet, so daß diese Commission aus 9 Mitgliedern besteht.

Bei dieser Wahl sollen thunlichst die 4 verschiedenen Erwerbsteuerebenen berücksichtigt werden. Wählbar sind nur jene Erwerbsteuerebenen männlichen Geschlechtes beziehungsweise jene leitenden Betriebsbeamten (§ 16, Absatz 5 des obigen Gesetzes), welche das 24. Lebensjahr zurückgelegt haben und sich im Vollgenusse der bürgerlichen und politischen Rechte befinden. Mit Rücksicht auf die Kleinheit unseres Landes und die Verhältnisse, wie sie vorliegen, glaubte der Steuerausschuß, es sei die Wahl dieser Commission von dem vollen Hause vorzunehmen und den Mitgliedern des h. Landtages nicht vorzuschreiben, daß sie gerade genau je ein Mitglied aus den verschiedenen Erwerbsteuerebenen nehmen, sondern daß alle 4 Mitglieder gleichzeitig miteinander gewählt werden sollen. Für jedes vom h. Hause zu wählende Mitglied ist dann noch ein Stellvertreter nach demselben Modus zu wählen.

Bezüglich der Berufungscommission für die Personaleinkommensteuer schreibt das betreffende Gesetz in den §§ 182 und 183 den Wahlmodus genau vor. Nach der Kundmachung des Finanzministeriums vom 16. November 1897 hat der hohe Landtag 8 Mitglieder und ebenso viele Stellvertreter zu wählen. Der Wahlmodus ist hier, wie schon erwähnt, genau vorgeschrieben. Es soll nämlich nach Curien gewählt werden und zwar nach den in der Landesordnung für die Wahl der Landesauschufsbeisitzer festgesetzten Bestimmungen. Dem Steuerausschuße lag also nur ob, die Zahl der zu wählenden Mitglieder nach diesen Bestimmungen zu bezeichnen. Da wir in Vorarlberg 4 Landesauschufsbeisitzer haben und in diese Landescommission 8 Mitglieder und 8 Stellvertreter zu wählen sind, so trifft es, wenn man die beiden Körperschaften vergleicht, auf jeden Landesauschufsbeisitzer 2 zu wählende Mitglieder. Es haben also die Vertreter der Städtecurie und der Handels- und Gewerbekammer 2 Mitglieder und 2 Stellvertreter, ferner die Abgeordneten der Landgemeinden-Curie ebenfalls 2 Mitglieder und 2 Stellvertreter und schließlich das ganze Haus 4 Mitglieder und 4 Stellvertreter zu wählen. Da die Landesordnung vorschreibt, daß für jedes Landesauschufsmitglied

ein bestimmter Stellvertreter zu wählen sei, so ist auch für jedes zu wählende Mitglied dieser Commission ein bestimmter Stellvertreter zu wählen. Die Stellvertreter sind also nicht allgemein sondern ad personam zu wählen.

Mit Rücksicht auf die gegebenen Verhältnisse und unter Berücksichtigung der gesetzlichen Bestimmungen schlägt der Steuerausschuß folgende Anträge vor:

(Liest dieselben aus Beilage L.)

Landeshauptmann: Ich eröffne über Bericht und Anträge des Steuerausschusses die Debatte. Es meldet sich niemand zum Worte, somit kann ich zur Abstimmung schreiten und zwar werde ich beide Anträge unter einem vornehmen.

Ich ersuche jene Herren, welche den beiden Anträgen, wie sie der Steuerausschuß vorlegt, die Zustimmung geben, sich von den Sizen zu erheben. Angenommen.

Wir kommen nun zum zweiten Gegenstande unserer Tagesordnung, nämlich zur Wahl der Erwerbsteuer-Landescommission.

Ich bemerke gleich jetzt schon, daß auf Wunsch verschiedener Herren Abgeordneten die Wahl der Personaleinkommensteuer-Berufungscommission auf die morgige Sitzung verschoben wird. Es bleibt uns also nur die Wahl der Mitglieder für die Erwerbsteuer-Landescommission.

Nach den soeben gefassten Beschlüssen sind die Mitglieder dieser Commission aus dem ganzen Hause zu wählen. Ich ersuche daher 4 Namen zu schreiben.

(Wahlact.)

Ich ersuche für diesen Wahlact und für alle folgenden die Herren Abgeordneten **Jodok Fink** und **Pfarrer Thurnher** das Scrutinium zu übernehmen.

Pfarrer Thurnher: Abgegeben wurden 18 Stimmzetteln, einer davon war leer.

Jodok Fink: Die meisten Stimmen haben erhalten: **Johann Ballaster**, Fabriksbesitzer in Feldkirch, 14; **Placidus Gunz**, Müller in Bludenz, 14; **Engelbert Bösch**, Landtagsabgeordneter und Altvorsteher in Lustenau, 13; **Franz Loser**, Reichsrathsabgeordneter und Schuhmachermeister in Nieden, 13. Die übrigen Stimmen waren zerplittert und zwar erhielten davon: **Dr. v. Frey**, **Josef Sutter** und **Richard Goser** je 2 Stimmen; **Dr. Waibel**,

Heinrich Hueter, Josef Wolf, Arnold Ganahl, Franz Mäßer, Nägele und Büchele je 1 Stimme.

Landeshauptmann: Es sind somit die Herren Johann Ballaster, Fabriksbesitzer in Feldkirch; Placidus Gunz, Müller in Bludenz; Engelbert Bösch, Landtagsabgeordneter und Altvorsteher in Lustenau, und Franz Loser, Reichsrathsabgeordneter und Schuhmachermeister in Nieden, zu Mitgliedern der Erwerbsteuer-Landescommission gewählt.

Wir schreiten nun zur Wahl der Stellvertreter. Nach den soeben früher gefassten Beschlüssen ist für jedes Mitglied ein Stellvertreter ad personam zu wählen. Ich ersuche daher zuerst für Johann Ballaster, Fabriksbesitzer in Feldkirch, einen Stellvertreter zu wählen. Ich ersuche, einen Namen auf den Stimmzettel zu schreiben.

(Wahlact.)

Pfarrer Thurnher: Abgegeben wurden 14 Stimmzettel.

Jodot Fink: Davon erhielten Albert Dlz, Kaufmann in Bregenz, 13 Stimmen und Hugo Niedermaier 1 Stimme.

Landeshauptmann: Es ist somit Albert Dlz, Kaufmann in Bregenz, zum Ersatzmann für Johann Ballaster gewählt.

Ich ersuche nun, den Ersatzmann für Placidus Gunz, Müller in Bludenz, zu wählen. Ich ersuche, einen Namen aufzuschreiben.

(Wahlact.)

Pfarrer Thurnher: 14 Stimmzettel wurden abgegeben.

Jodot Fink: Gustav Rhomberg, Müller in Dornbirn, erhielt alle 14 Stimmen.

Landeshauptmann: Es ist somit Gustav Rhomberg, Müller in Dornbirn, als Stellvertreter für Placidus Gunz gewählt.

Ich ersuche nun um die Wahl des Ersatzmannes für Engelbert Bösch, Landtagsabgeordneten und Altvorsteher in Lustenau.

(Wahlact.)

Pfarrer Thurnher: Es wurden 14 Stimmzettel abgegeben.

Jodot Fink: Alois Sturm, Sticker und Gemeinderath in Rankweil, erhielt alle 14 Stimmen.

Landeshauptmann: Alois Sturm, Sticker und Gemeinderath in Rankweil, ist der Stellvertreter für Engelbert Bösch.

Es kommt nun zum Schlusse die Wahl des Ersatzmannes für Franz Loser, Reichsrathsabgeordneten und Schuhmachermeister in Nieden.

(Wahlact.)

Pfarrer Thurnher: Es wurden 14 Stimmzettel abgegeben.

Jodot Fink: Davon erhielten Anton Fetz, Zimmermeister in Egg, 13 Stimmen und der Redacteur der „Freien Rundschau“ 1 Stimme.

(Weiterkeit.)

Landeshauptmann: Es ist somit Anton Fetz, Zimmermeister in Egg, als Ersatzmann für Franz Loser gewählt. Dieser Gegenstand der Tagesordnung ist somit erledigt.

Der letzte Gegenstand unserer heutigen Tagesordnung ist der Bericht des Sprachenausschusses über den Antrag der Herren Abgeordneten Ganahl und Genossen und über den Antrag der Herren Abgeordneten Dlz und Genossen in Angelegenheit der Sprachenverordnungen vom 5. und 22. April 1897 und der allgemeinen Lage in Oesterreich.

Ich ersuche den Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Martin Thurnher, das Wort zu ergreifen.

Martin Thurnher: Hohes Haus! Jeder Patriot sieht heute mit Furcht und Bangen der weiteren Entwicklung der Dinge in Oesterreich entgegen. Der unheilvolle Sprachenstreit in Böhmen hat eine Aufregung in der Bevölkerung verursacht, die bereits zu den bedauerns- und beklagenswerthesten Ausbrüchen führte. Die Thätigkeit des Reichsrathes ist vollständig gelähmt. Statt ruhiger, sachlicher Behandlung, wie wir sie im Landtage hier gewöhnt sind, erleben wir im Reichsrathe Tumulte und Scenen, gegen die das Kriegsgeschrei der Indianer

noch als liebliche Musik aufgefasst werden muss. Insbesondere die Scenen der letzten Tage der reichsräthlichen Thätigkeit oder besser reichsräthlichen „Thätlichkeit“ waren geradezu derart, dass eine Beschreibung derselben ein Ding der Unmöglichkeit ist.

Viele und dringende Arbeiten, insbesondere auf dem Gebiete socialer Reformen harrten der Erledigung seitens des Reichsrathes. Jeder nicht benützte Augenblick verschlimmert die Lage der um ihre Existenz kämpfenden Bevölkerung und erhöht die der Gesellschaft drohenden Gefahren. Darum bedauert jeder, der es mit Oesterreich und seiner Bevölkerung gut meint, die Unthätigkeit des Reichsrathes.

Wir bedauern aber auch die unmittelbare Veranlassung derselben und diese ist, wenn auch vorher schon reichlicher Zündstoff aufgehäuft war und vorlag, in den von unglücklicher Hand erlassenen Sprachenverordnungen zu suchen.

Ich hatte von allem Anfange an die Ansicht, für deutsche Bezirke gehöre die deutsche, für czechische Bezirke die czechische Sprache und für gemeinsprachliche Bezirke gehören beide Sprachen. Wir würden uns sicher auch wehren, wenn man uns in Vorarlberg, einem bis in die jüngste Zeit kerkendeutschen Lande, zwingen wollte, irgend welche Geschäfte bei den Gerichts- oder politischen Behörden in italienischer Sprache abwickeln zu müssen. Darum ist die Forderung berechtigt, dass die auf falscher Basis beruhenden Sprachenverordnungen, soweit die Interessen des deutschen Volkes durch dieselben geschädigt werden, aufgehoben werden und die Sprachenfrage auf gesetzlichem Wege unter Würdigung der bestehenden Verhältnisse und auf Grundlage der Gerechtigkeit gelöst werde.

Der erste Punkt der vorliegenden Anträge des Sprachenausschusses gibt dieser unserer Anschauung entschiedenen Ausdruck, und ich zweifle nicht an der einstimmigen Annahme desselben.

Die Majorität des Sprachenausschusses und sicher auch die des h. Hauses ist aber der Anschauung, dass auch noch andere Mittel zur Sanierung unserer Verhältnisse in Anwendung gebracht werden sollen. Nebst der Liebe zum gemeinsamen Herrscherhause war es insbesondere der Geist des Christenthums, der Oesterreich stark und groß machte, durch den es die schwierigsten Situationen und Kämpfe bestand und auf Grund dessen es durch Jahrhunderte hindurch als Vormauer der Christenheit, als Schützer

der Cultur und Bertheidiger des Rechtes ruhmvoll dastand. Die christliche Staatseinrichtung und das geliebte Herrscherhaus waren gleichsam der Kitt, der die verschiedenen Völkerschaften verband und im Staate ihren gemeinsamen Schützer ihrer Rechte und Freiheiten erblicken ließ.

Geben wir dem ehrwürdigen Habsburgerreiche wieder seinen Hauptpfeiler, den Geist des Christenthums; bauen wir auf diesen Pfeiler unsere staatlichen Einrichtungen auf und der Friede zwischen den Nationen wird ein bleibender und gesicherter sein!

Wir werden, wenn wir wieder einig sind, auch stark nach außen. Wir werden aber dann auch jene Stellung in unserer Monarchie erlangen, die unserer Reichshälfte gebührt. Ich habe vor zwei Jahren von dieser Stelle aus Gelegenheit gehabt, unser Verhältnis zu Ungarn eingehend zu beleuchten, und Sie werden sich noch erinnern, das Bild, das ich damals entworfen habe, war für uns kein erfreuliches. Durch die mittlerweile eingetretenen Verhältnisse sind wir aber Ungarn gegenüber vollständig machtlos geworden, und wenn nicht bald eine Besserung eintritt, so sind wir und zwar durch eigene Schuld gleichsam mit gebundenen Händen an Ungarn ausgeliefert. Darum thut es noth, rasch eine Versöhnung unserer verschiedenen Nationen herbeizuführen.

Ueber den dritten Punkt der vorliegenden Anträge brauche ich wohl nur wenige Worte zu sagen. Bei den eigenartigen und ungleichartigen Verhältnissen der verschiedenen Länder Oesterreichs erscheint es wohl unbedingt nothwendig, das Gesetzgebungsrecht der Landtage zu erweitern und den so schwerfälligen Reichsrath von einer Reihe von Arbeiten und Agenden zu entlasten.

Das war von jeher unser Programm und muss es heute mehr denn je sein. Wir wollen ein starkes und mächtiges Oesterreich und wissen, dass eine Reihe Angelegenheiten von einem Centralparlamente besorgt werden muss. Dagegen wollen wir aber auch die Befriedigung der einzelnen Theile und die Wahrung ihrer Rechte und Freiheiten, und dieses kann wohl am besten geschehen in der Kräftigung und Hebung der Autonomie der Länder.

Zum Schlusse möchte ich noch der Hoffnung Ausdruck geben, dass der Friede in unserer Monarchie bald hergestellt werde, damit das Jubeljahr unseres erhabenen Monarchen, dieses eminenten Friedens-

fürsten, zu einem wahren Friedens- und Freundschaftsjahre sich gestalten und dem schwer geprüften Monarchen damit die schönste und beste Gabe zu seinem Feste zu Füßen gelegt werde.

(Lebhafter andauernder Beifall.)

Auf Grund dieser kurzen Ausführungen erlaube ich mir namens des Sprachenausschusses folgende Anträge zu stellen:

(liest dieselben aus Beil. XLIX.)

Landeshauptmann: Ich eröffne also zunächst über den Bericht und sämtliche Anträge des Sprachenausschusses eine Generaldebatte und werde dann über jeden einzelnen Antrag eine Specialdebatte abhalten lassen.

Wenn in der Generaldebatte niemand das Wort zu ergreifen wünscht, so ist dieselbe geschlossen und wir gehen zur Specialdebatte über die drei Anträge und zwar zunächst über den Antrag 1, über, wie er Ihnen vom Herrn Berichterstatter soeben vorgelesen worden ist.

Ich erteile das Wort dem Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter, Abgeordneten Ganahl.

Ganahl: Punkt 1 des vorliegenden Antrages ist gewissermaßen als das Product eines Compromisses zu betrachten. Denn schon die Minorität dieses Hauses gieng bei der Formulierung ihres selbstständigen Antrages vom Gedanken aus, denselben so zu gestalten, daß er auch für die Majorität sollte annehmbar sein. Im Sprachenausschusse, wo die Anschauungen beider Parteien zu einer längeren Erörterung gelangt sind, gab es keinerlei Verschiedenheit in der Auffassung bezüglich der Sprachenverordnungen selbst, beide Parteien waren einig darin, sie als eine Kränkung der Deutschen, speciell aber der Deutschen in den Südtellländern zu verurtheilen. Beide Parteien waren auch einig darüber, daß eine sofortige Remedur nothwendig erscheine, um dann später in geeigneter Zeit und im gesetzlichen Wege die Sprachenfrage zu regeln. Es gab jedoch im Sprachenausschusse eine kleine Divergenz der Anschauungen in der Beurtheilung der Obstruction.

Während die Vertreter der Minorität die Obstruction mehr als Wirkung einer Ursache nämlich der Sprachenverordnungen beklagte, wobei eben nicht ausgeschlossen erschien, daß diese Wirkung eine natürliche sei, gieng die Anschauung der Majorität dahin, daß die Obstruction unbedingt zu

verurtheilen sei, und sie wollte auch diesem ihren Standpunkte, im Antrage selbst schärferen Ausdruck geben. Bei dem vorherrschenden Wunsche jedoch, eine einhellige Rundgebung gegen die Sprachenverordnungen zustande zu bringen, verzichtete die Majorität darauf, dieser ihrer Auffassung im Antrage selbst noch Ausdruck zu verleihen. Die Minorität wäre eben nicht in der Lage gewesen, die Obstruction als solche und in unbedingter Weise zu verurtheilen. Gestatten Sie mir, meine Herren, daß ich bei diesem Thema etwas länger verweile.

Die Obstruction ist nicht, wie vielfach angenommen wird, als ungeberdiges Kind der Neuzeit zu betrachten; sie ist schon älteren Datums. Sie ist älter als unsere Zeireichnung, denn schon die Römer haben sie gekannt und geübt. Schon bei den Römern gab es einen Dauerredner, der um ein Gesetz, welches ihm im Interesse des Vaterlandes verwerflich schien, zu verschleppen, einen ganzen Tag hindurch gesprochen hatte. Es gab auch bei den Römern einen „führenden“ Consul, der den mißliebigen Obstructionisten durch Büttel abführen und in den Carcer stecken ließ. Dagegen erhob sich aber der ganze Senat und wollte das Loos des Gemäßigten theilen. Dieser imposanten Demonstration gegenüber wich der „führende“ Consul zurück und gab den Gefangenen frei. Sie sehen, meine Herren, es gibt nichts Neues unter der Sonne, es ist alles schon dagewesen. Kein Vernünftiger wird die parlamentarische Obstruction als ein regelrechtes Mittel der Minorität sich Geltung zu verschaffen, betrachten können. Die Obstruction im concreten Falle aber ist — wird dies fast allgemein zugegeben — lediglich als Nothwehr zu betrachten, als Nothwehr gegen einen ungesetzlichen Act, als Nothwehr gegen einen Gewaltstreich, welchen sich das Ministerium Badeni den Deutschen in den Südtellländern gegenüber gestattet hat. Im Stande der Nothwehr aber pflegt man den Gegner nicht in Glacéhandschuhen anzurühren. Im Stande der Nothwehr kommen leider auch Überschreitungen vor.

Die liberale Partei, welche durch zwanzig Jahre eine decente Opposition getrieben hat, ist es endlich müde geworden, daß man fortwährend auf ihre Kosten Majoritäten schafft; sie hat es satt bekommen, daß man vom deutschen Besitzstand immer mehr abbröckelt, um damit die maßlosen Aspirationen der Tschechen und Slovenen zu befriedigen. Der

Unwille darüber ist lawinenartig gewachsen, der furor teutonicus ist erwacht, und die Regierung wird gut thun, mit demselben zu rechnen. Im übrigen freue ich mich, dass diese einstimmige Kundgebung zustande gekommen ist. Nun haben sämtliche deutsch-österreichische Landtage gesprochen und dieser einstimmigen Declaration aller deutsch-österreichischen Landtage gegenüber wird hoffentlich die hohe Regierung ohne Zögern und Zagen das schreiende Unrecht, welches an dem deutschen Volke in Oesterreich verübt wurde, wieder gut zu machen bedacht sein. Dem darüber ist kein Zweifel gestattet; solange die Sprachenverordnungen fortbestehen, wird es keinen Frieden, wird es keine parlamentarische Thätigkeit und wird es auch keinen Ausgleich mit Ungarn geben, so wünschenswert und so nothwendig derselbe für beide Reichshälften ist.

Ich werde für Punkt 1 der vorliegenden Anträge stimmen.

Landeshauptmann: Ich ertheile das Wort dem Herrn Abgeordneten N3.

Delz: Geehrte Herren! Ich habe nur etwas zu berichtigen, was der Herr Vorredner in seinen Ausführungen gesagt hat. Derselbe hat unter anderem die Ansicht ausgesprochen, es sei im Sprachenausschusse von der Majorität die Obstruction im allgemeinen verurtheilt worden. Nun, meine ich, dieser Herr hat sich doch etwas geirrt. Ich bin in der Ausschussitzung unmittelbar neben dem Herrn Abgeordneten Ganahl gesessen und habe gerade den bezüglichen Passus im Antrage des Herrn Abgeordneten Ganahl beanständet, weil er mir so geschienen hat, als ob er die Obstruction im allgemeinen verurtheile. Ich habe mich dagegen gewehrt, weil ich das nicht wollte. Der Herr Abgeordnete Ganahl wird sich noch erinnern, dass wir eine andere Fassung in unserem Vorschlage gehabt haben und wir uns nur seinem Antrage der Einhelligkeit halber accommodiert haben. Wir haben in unserem Vorschlage folgendes drinnen gehabt:

„Der Landtag des Landes Vorarlberg beklagt auf das tiefste die in der letzten Session des Reichsrathes vorgekommenen tumultuösen Vorgänge, wodurch das Ansehen Oesterreichs im Auslande gefährdet wurde.“

Wir wollen also nur diese bekannten wüsten Vorgänge rügen und verurtheilen, aber nicht die gesetzlich zulässige und anständige Obstruction. Nur dem Frieden zuliebe, wie der Herr Abgeordnete Ganahl ja selbst gesagt hat, ist der Compromissantrag zustande gekommen, indem wir diese von uns beantragte Stelle fallen ließen und die Fassung annahmen, in welcher uns der Antrag 1 vorliegt. Ich wollte dies nur zu meiner Rechtfertigung und der der anderen Gefinnungsgenossen sagen. Der Herr Abgeordnete Ganahl wird sich weiter noch erinnern, dass im Ausschusse über Antrag eines Mitgliedes über den Passus:

„Die tumultuösen Vorgänge, wodurch das Ansehen Oesterreichs im Auslande gefährdet wurde“ extra noch abgestimmt werden musste. Es herrschte also entgegen der Aussage des Herrn Abgeordneten Ganahl, nicht die allgemeine Ansicht auf Seite der Majorität, dass die Obstruction im allgemeinen zu verurtheilen sei.

Was meine Person anbelangt, so kann ich nur das sagen, was ungefähr der Herr Berichterstatter ausgeführt hat, nämlich dass ich von allem Anfange an, als die Sprachenverordnungen erlassen wurden, dieselben bedauert und verurtheilt habe. Ich stehe ganz genau auf demselben Standpunkte wie der Herr Abgeordnete Martin Thurnher und halte auch dafür, dass es gut ist, wenn wir in Vorarlberg einen einstimmigen Beschluss in dieser Beziehung fassen. Es soll damit documentiert werden, dass es unser sehnlichster Wunsch ist, dass in Böhmen einmal wieder Gerechtigkeit eintrete. Ich hätte jetzt hier Gelegenheit, auf verschiedene Anwürfe, die mir in letzter Zeit in dieser Beziehung gemacht worden sind, einzugehen und auf dieselben zu erwidern. Ich werde es aber nicht thun. Ich weise diese Vorwürfe, die mir von gewisser Seite systematisch, absichtlich und in verleumderischer Weise in Bezug auf mein Verhalten gegenüber den Sprachenverordnungen gemacht worden sind, als Verleumdungen energisch zurück.

Landeshauptmann: Wer wünscht weiter noch das Wort? Herr Abgeordneter Pfarrer Thurnher!

Pfarrer Thurnher: Mich hat eine Aeußerung des Herrn Landeshauptmann-Stellvertreters gar sehr befremdet, die er hier ausgesprochen hat, indem er sagte, die Majorität habe die Obstruction im all-

gemeinen verurtheilt, während die Minorität dieselbe nicht verurtheilen konnte. Ich will ihn nur an einen Ausspruch erinnern, den er anfangs, als er den Antrag der Minorität im Ausschusse vorlegte, gethan hat, als er nämlich sagte: „Meine Herren, wir sind Ihnen entgegen gekommen, soweit es möglich war, denn der Antrag, wie er unsererseits vorliegt, involviert gewissermaßen eine Verurtheilung der Obstruction.“ Diesen Satz hat er wörtlich ausgesprochen, und ich habe ihn mir deshalb eigens notiert. Wenn es mir noch gestattet ist, einiges in dieser Sache beizufügen, so ist es ungefähr Folgendes.

Es ist gewiss in der Ordnung, daß der Deutsche auch seine Nation, deren Sitte und Sprache liebt, seine Vorbilder in der Geschichte hochhält, und daß er auch für die Erhaltung des deutschen Besitzstandes überall mit Kraft und voller Entschiedenheit eintritt. Ebenso ist es gewiss nicht zu tadeln, wenn der Deutsche dem agitatorischen Vordringen anderer Nationen, welches weder in den bestehenden Verhältnissen noch in irgend einer anderen Nothwendigkeit begründet ist, sich mit Ruhe aber auch mit Entschiedenheit entgegenstellt. Das ist gewiss nicht zu tadeln. Auch das muß sein, daß wir bei der Verschiedenheit der Sprachen und Völker in unserem lieben Oesterreich eine gemeinsame Verkehrssprache haben, und daß diese Sprache keine andere sein kann als eben die deutsche Sprache. Gegen alles das wird vernünftigerweise niemand etwas einwenden können, der auf dem Standpunkte der Gerechtigkeit und Billigkeit steht.

Wenn aber dieser Kampf um das Deutschthum zu einer Heze ausartet, wenn er mit verwerflichen Mitteln geführt wird, wenn er geführt wird, um die Verhegung der einzelnen Nationen in Permanenz zu erhalten, dann ist dieser Kampf, meine Herren, nicht mehr zu billigen. Wenn ich auch zugebe, daß von Ihrer linken Seite gewiss gar manche Gesinnungsgenossen es ehrlich und ernst meinen in diesem Kampfe, so darf man ebenfalls mit der nämlichen Sicherheit behaupten, daß es jenen Elementen, welche die Führung in demselben sich angemacht haben, nicht so fast zu thun ist um das Deutschthum selbst, sondern um die Verhegung der Nationen, um die gegenseitige Heze der Völker in Permanenz zu erhalten, ja, wenn es möglich wäre, die Zerstörung unseres altherwürdigen Reiches und den Sturz unserer katholischen Dynastie herbei-

zuführen. Um das ist es ihnen hauptsächlich zu thun. Wäre es jenen einzelnen Elementen voll und ganz ernst um die Erhaltung des Deutschthums, wie könnten sie da jene mit aller Behemung bekriegen, die ebenfalls die deutsche Fahne hochhalten, aber nicht weniger die des Christenthums, die also ebenso gute Christen als Deutsche sein wollen? Wie wäre es sonst möglich gewesen in diesem Kampfe plötzlich den Ruf erschallen zu lassen: „Los von Rom!“?

Wenn Rom in diesem Kampfe um das Deutschthum Rath zu geben und ein Wort zu sprechen hätte, so würden dieselben dahin lauten, daß sobald als möglich auf dem Boden der Gerechtigkeit und Billigkeit Friede geschlossen, nicht aber diese Völkerheze in Permanenz erhalten werde.

Gerade daraus, daß jene Elemente, welche auf dem Boden des Christenthums stehen, in diesem Kampfe so befehdet werden und gegen dieselben der Ruf erschallt: „Los von Rom!“, gerade daraus ersieht man, daß es diesen „Patentdeutschen“ nicht um das wahre Deutschthum, sondern darum zu thun ist, den verblassten Liberalismus wieder empor zu bringen.

Es ist das der Haß gegen das Christenthum. Wäre diesen Leuten wahrhaft ernst gewesen, dann, glaube ich, hätten ihre gleichgesinnten Minister bei der Debatte, in welcher es sich um die Verhegung des Ministeriums Badeni in den Anklagestand handelte, ihnen nicht ins Gesicht sagen können: „Meine Herren, es ist Ihnen doch nicht Ernst damit“; dann hätten sie meinen Erachtens schon auftreten müssen zur Zeit, als der Minister Stremayr, der ihrer liberalen Partei angehörte, Sprachenverordnungen erlassen hatte, die gewiss nicht geeignet waren, den deutschen Besitzstand zu mehrern. Ich glaube, es wäre wohl nicht denkbar, wenn es sich nur einzig und allein um das handeln würde, was immer gesagt wird, nämlich um die Wahrung des deutschen Besitzstandes in Oesterreich, es wäre wohl nicht denkbar, sage ich, daß man sich unter die Fahne jener gestellt hätte, die so zusagen offen die Degradation, um nicht zu sagen, den Verrath Oesterreichs auf dieselbe geschrieben. Dann wäre es nicht denkbar, daß man sich unter die Führung solcher stellen würde, die sich ärgern und spotten, daß nach schwarzgelber Schablone die jungen Leute an der Univerſität „gedrilli“ respective erzogen werden, die bei jeder Gelegenheit so zu sagen ihre Abneigung, wenn

nicht den Haß gegen unser Osterreich an den Tag legen.

Ich werde daher für die Anträge, wie sie vorliegen, stimmen, weil wir ja alle damit einverstanden sind, daß Friede geschaffen werde. Aber ich muß nochmals gestehen, der Umstand, daß gerade die führenden Elemente in diesem Sprachenkampfe um das Deutschthum sich absolut nicht zu einem Friedensschlusse herbeilassen wollen, trotzdem die Regierung dazu bereits die Hand geboten hat, dies ist mir ein neuer Beweis, daß es diesen Leuten durchaus nicht um das Deutschthum zu thun ist. Wenn die Regierung sich bereit erklärt, Unterhandlungen über die Sprachenverordnung zu eröffnen, so sagt sie selbst, wenigstens indirect damit, daß hier ein Fehler begangen wurde, der wieder gut gemacht werden soll.

Ich werde also im Sinne meiner Ausführungen für den ersten vorliegenden Antrag, wie er zur Verlesung gebracht wurde, stimmen.

(Lebhafte Zustimmung.)

Kobler: Hoher Landtag! Auf Grund des § 19 unserer Landesordnung ist der eine dieser uns vorliegenden Anträge eingebracht worden. Wenn ich den § 19 in seinem Wortlaute in das Auge fasse, so könnte ich unter den Einrichtungen, um die es sich hier handelt, eigentlich nur unseren Reichsrath verstehen; denn allgemeine Gesetze, über die wir hier zu sprechen hätten, sind diese Sprachenverordnungen nicht. Ich will jedoch gerne die weiteste Auslegung des § 19 annehmen und habe das selbst damit ausgesprochen, indem ich einen dieser Anträge mit unterfertigt habe. Für einen Patrioten ist denn doch das gegenwärtige Bild unserer Lage, der Lage unseres Vaterlandes, ein überaus trauriges und es scheint wohl, daß wir in unserem Jubeljahre nicht etwa bloß freudige Ereignisse feiern können, sondern daß auch noch ganz andere Dinge uns bevorstehen.

Wenn nun der h. Landtag von Vorarlberg sich mit dieser Frage befaßt, so glaube ich, kann er doch kaum eine andere Absicht haben, als in den hochgehenden Wogen der Leidenschaft ein beruhigendes, veröhnendes Wort zu sprechen und darf nicht etwa durch das, was er sagt, diese Wogen noch höher treiben. Von dieser Absicht geleitet, beschäftigen wir uns mit dieser Angelegenheit.

Es hat der Herr Vorredner, selbst einer der Antragsteller, besonders die Idee der Obstruction hervorgehoben. Ich habe nun allerdings in dieser Sache eine etwas extreme Ansicht, ich gebe das zu; aber ich scheue mich nicht, sie dennoch hier auszusprechen. Ich halte nämlich die Obstruction an sich für verfehlt und diese Taktik mit geordneten Zuständen unvereinbar. Ich will auf das Principielle weiter hier nicht eingehen und nur das bemerken, daß ich allerdings passiven Widerstand nicht bloß für erlaubt, sondern unter Umständen auch für durchaus geboten halte. Aber mir scheint, daß die Obstruction weit über die Grenzlinie des passiven Widerstandes hinausgeht dadurch, daß sie Mittel anwendet, die nicht gut sind, und wir wollen doch nicht den Grundsatz huldigen, daß der Zweck die Mittel heilige. Wir bekennen uns nicht zu demselben. Praktisch ist es auch jedenfalls richtig, daß man mit der Obstruction sich in einer Sackgasse befindet. Man kommt einfach da nicht mehr weiter, und wir haben jetzt auch die große Gefahr, daß wir, wenn so vorgegangen wird, auch mit unseren politischen Einrichtungen stecken bleiben werden. Jedenfalls hat der Parlamentarismus als solcher durch die Obstruction einen großen Schaden erlitten, denn die Obstruction widerspricht dem Gedanken des Parlamentarismus. Nun ist es allerdings wahr, und es ist das auch das viel verbreitete Gefühl in der Bevölkerung, daß es um unseren Parlamentarismus ja nicht schade sei. (Weiterkeit.)

Ich theile diese Ansicht nicht. Er ist gewiss nicht ein System, welches geeignet ist, die Völker durch die Gesetzgebung zu befriedigenden Zuständen zu bringen. Das verstehen alle, die in einer solchen Maschine schon gestanden sind, die der Parlamentarismus geschaffen hat. Aber er könnte denn doch als Übergangsstadium zu besseren gefunden Einrichtungen sein, die dem Wohlstande und Frieden der Völker förderlich sind. Insofern bedauere ich denn doch, daß die Obstruction den Parlamentarismus so sehr herabgesetzt und principuell eigentlich desavoniert hat. Jedenfalls, täuschen wir uns nicht! Schonen wir nur auf die Eindrücke, welche dieser Vorgang in der Welt hinterlassen hat. Man kann sie kurz in den Worten zusammenfassen: Die Idee der Revolution hat in der Obstruction einen Sieg errungen, und die Folgen dieser Vorgänge für unser öffentliches Leben,

werden wir noch zu kosten bekommen. Wenn ein Herr im Ausschusse ausgesprochen hat, man halte immerhin die Obstruction für besser als die bisherige Taktik, weil sie einen Erfolg errungen, indem sie einen Minister gestürzt habe, so sage ich: ja, meine Herren, trauen wir diesen Erfolgen nicht, die sind zu theuer erkauft worden.

Was nun die Sprachenverordnungen betrifft, um die es sich hier handelt, so will ich über den Inhalt derselben nicht sprechen. Ich halte es von meinem Standpunkte aus und auf Grund meiner Erfahrungen überhaupt für gewagt, in die Verhältnisse anderer Länder hineinzureden. Da übergreifen wir uns in der Regel. Es geschieht zwar jetzt sehr oft, und unsere heute so ausgewachsene Tagespresse trägt auch dazu bei, daß man wirklich von den Zuständen anderer Länder sich beinahe bessere Kenntnis zutraut als über die Verhältnisse des eigenen Landes. Nun von unserer Presse, überhaupt von der heutigen Tagespresse, muß man wohl auch sagen: Sie ist ein Stück moderner Versimpelung (Heiterkeit), denn die Urtheile, die sich nach der Tagespresse bilden, die lassen denn wohl in der Regel heute an Oberflächlichkeit nichts zu wünschen übrig. Ich will also auf den Inhalt der Sprachenverordnungen hier nicht eingehen. Es mag ja sein, daß sie viel enthalten, was sie nicht enthalten müßten und nicht enthalten sollten. Ich enthalte mich da des Urtheiles. Wir machen die Vorgänge den Eindruck, daß die Sprachenverordnungen gar nicht der Grund sondern nur der Vorwand zu diesen tumultuarijchen Scenen im Abgeordnetenhause waren. Es ist das ein schwerer Vorwurf, aber selbst ein liberaler Minister hat den Obstructionisten diesen Vorwurf nicht ersparen können, ein Mann von Erfahrung, dem man denn doch als ihrem deutschen Parteimanne eine gewisse Unbefangenheit nicht wird absprechen können. Daß sie nur ein Vorwand waren, erhellt mir weiter aus dem Umstande, daß, nachdem die Regierung ja diese Sprachenverordnungen als discutierbar erklärte und eine Verständigung über die Sache anbahnen wollte, dieser an sich gewiß vernünftige Vorgang perhorresciert wurde, daß nur der eine Theil, — und wir müssen es leider nicht zur Ehre unserer Connationalen sagen — der slavische Theil der vernünftiger war und auf den Boden der Verhandlung treten wollte; aber unsere Obstructionisten wollten das nicht.

Es ist nun ein gleicher Versuch wieder im böhmischen Landtage gemacht worden. Ja, mein Gott, wenn eine Partei sich so in einer Sache verhält, sich nicht auf den Boden der Verständigung und Versöhnung begeben will, kann man dann mit Grund annehmen, daß diese Sprachenverordnungen der wirkliche Grund der Obstruction waren, daß sie nicht blos der Vorwand waren? Mich hat man von dieser Überzeugung nicht abbringen können. Ich stimme daher in diesen Punkten den Ausführungen meines geehrten Herrn Vorredners vollständig bei, weit mehr Vorwand als Grund war da vorhanden. Doch sei dem, wie ihm wolle, eines wird nothwendig sein, und das ist die Verständigung. Ob nun die Sprachenverhältnisse in Oesterreich im Wege der Gesetzgebung geordnet werden oder im Wege der Verordnungen, wie es bisher war, und worin man also der Regierung durchaus nicht den Vorwurf der Gesetzesverletzung machen konnte, immerhin wird man sowohl für den Weg der Verordnungen wie für den Weg des Gesetzes die Verständigung zuerst haben müssen. Was helfen uns Gesetze, was helfen uns Verordnungen, wenn sie an dem Widerwillen der Bevölkerung wirkungslos bleiben? Das ist in meinen Augen der Kernpunkt, um den es sich hier handelt. Die Verständigung muß erzielt werden, und die Verständigung war ja nach den Urtheilen jener, die der Sache nahe standen, schon sehr nahe erreicht, es hat gar nicht viel gefehlt.

Wenn wir also zu dieser Sache ein Wort sprechen, so können wir nur den herzlichsten Wunsch aussprechen, daß der Weg der Verständigung gesucht werde. Dann erst kann es zu einem dauernden Frieden und zu besseren Zuständen führen, als wir bisher, leider Gott, erleben mußten. Wenn daher in dieser Beziehung der erste Punkt der Anträge meiner Anschauung nicht so vollständig entspricht, so glaube ich doch demselben zustimmen zu dürfen, obwohl ich im Ausschusse dem zweiten Theile des Punktes 1 noch nicht zugestimmt habe, weil mir darin eine zu einseitige Auffassung der Sache gelegen war.

Ich begnüge mich damit, meine Auffassung hier bekannt gegeben zu haben und werde also, nachdem dieser ganze Antrag, wie ja der Herr Vorredner gesagt hat, im Wege eines Compromisses so zustande gekommen ist, wenn er als ein solcher Compromissantrag auch etwas angekränkelt ist,

demselben doch unter den gegebenen Verhältnissen meine Zustimmung geben.

Landeshauptmann: Wer wünscht noch das Wort?

Jodot Zint: Der Herr Vorredner hat die Anschauung ausgesprochen, daß es sich bei diesem Streite nicht so fast um die Sprachenverordnungen handle. Nun so weit, wie der Herr Vorredner gegangen ist, möchte ich in dieser Anschauung nicht gehen. Ich möchte so nach meiner Anschauung das Richtige etwa in der Mitte finden. Ich meine, die Sprachenverordnungen seien wirklich auch mit ein Grund und eine Ursache, daß die durch dieselben gekränkten Deutschen sich dagegen wehren, und daß sonach die Erlassung der Sprachenverordnungen die bekannten Scenen und die bestehende Verwirrung mitverschuldet hat. Ich glaube aber auch, daß noch andere Gründe auch dabei waren und sind, und für diese Anschauung habe ich folgendes anzuführen.

Vor allem muß ich darauf hinweisen, daß im Abgeordnetenhause anlässlich der Stellungnahme gegen die Sprachenverordnungen von einem hervorragenden Führer — wenigstens hält er sich für einen solchen — der Deutschnationalen und Deutschliberalen, dem Herrn Abgeordneten Wolf, so weit gegangen wurde, daß derselbe ganz antiösterreichische Aussprüche machte, und das, glaube ich, wäre zur Wahrung des deutschen Besitzstandes nicht nothwendig gewesen.

Ich werde mit der Erlaubnis des Herrn Vorsitzenden Ihnen eine ganz kurze Stelle aus dem stenographischen Sitzungsprotokolle des Reichsrathes vom 26. October 1897 hier mittheilen. Da hat der Herr Abgeordnete Wolf folgendes gesagt: „Wir denken uns, — und das würde den Rahmen, die Grundlagen des heutigen Österreich nicht anfechten — daß ein Verhältnis mit Deutschland zu einer Innigkeit ausgestaltet werden könnte, wie es zwischen den Bundesstaaten des Deutschen Reiches und dem gesammten Deutschen Reiche heute besteht. Wir können uns denken, daß Eisleithanien in dasselbe Verhältnis zu Deutschland tritt, wie Sachsen, Bayern und Baden.“ (Bewegung.) Das hat nach dem stenographischen Protokolle wirklich der Herr Abgeordnete Wolf im Reichsrathe gesagt. Nun in solchen Reden, die man in

einer parlamentarischen Körperschaft, im österreichischen Reichsrathe, vorbringt, erblicke ich ein Moment, daß bei manchen noch etwas anderes dieser Hege zugrunde liegt, als bloß, daß man das deutsche Bewußtsein zum Ausdruck bringen und den deutschen Besitzstand in Österreich wahren wolle. Aus solchen Äußerungen sehen wir, daß gewisse Leute über die schwarzgelben Grenzpfähle hinaus schießen, und daß sie diesen Anlaß, den das Ministerium Badeni durch die unglücklichen Sprachenverordnungen ihnen gegeben hat, und den ich immer verurtheilt habe, benützen, um da für diese preußenseuchlerische Deutschhümelei Propaganda zu machen.

Einen weiteren Umstand möchte ich noch anführen, der auch nach meiner Überzeugung dafür spricht, daß es sich nicht bloß um die Wahrung des deutschen Besitzstandes handelt, und der liegt darin, daß, wie bekannt ist, auch die Socialdemokraten im Reichsrathe die Obstruction mitgemacht haben. Bekanntlich sind die Socialdemokraten international; sie haben das auch im Reichsrathe ausgesprochen, und doch haben sie bei diesem nationalen Streite die Obstruction mitgemacht, und ich habe mir das nie anders erklären können, als die sind froh, wenn es drunter und drüber geht, und wenn überhaupt Österreich in Franzosen gienge. Nur daraus konnte ich mir es erklären, daß die auch immer mitgemacht haben, die sonst bei jeder Gelegenheit und sogar auch im Reichsrathe erklärt haben: „Ja, wir sind da international.“

Was meine Stellung zum heutigen Antrage anbelangt, so ist dieselbe, glaube ich, gegeben. Ich habe in dieser Frage im Reichsrathe schon Stellung nehmen müssen, und daher werde ich wohl kaum etwas mehr beizufügen haben, warum ich voll und ganz dem heute vorliegenden Antrage meine Zustimmung gebe.

Bezüglich der Obstruction hat schon der Herr Abgeordnete Sz darauf hingewiesen, daß der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter hier eine etwas unrichtige Auffassung uns imputieren wollte. Es ist ja im Ausschusse besonders hervorgehoben worden, daß man von unserer Seite, ich möchte sagen, die unparlamentarische Obstruction verurtheile, nämlich jene Scenen hauptsächlich verurtheile, die nicht mehr Obstruction, sondern die eigentlich richtiger Revolution genannt werden müssen, Scenen, die da aufgeführt worden sind

mit Signalfleisen, Kindertrumpeten, Pultdeckeln und Trommeln, Szenen, wobei sogar einer mit offenem Jagdmesser in der Hand drohte, und es so weit kam, dass man das Präsidium herunterwarf. Das haben wir in erster Linie am allermeisten verurtheilt, dass deutsche Männer und akademisch gebildete Männer noch dazu solche Szenen im Abgeordnetenhaus aufgeführt haben. Damit glaubte ich, sei nicht bloß die nach der Geschäftsordnung zulässige parlamentarische Obstruction ausgeübt worden, sondern diese sei eigentlich in Revolution ausgeartet. Ich habe Ihnen gesagt, dass meine Stellung für mich gegeben sei, weil ich schon früher Stellung genommen habe, und ich kann mich darauf beziehen, dass schon in der 6. Sitzung der XII. Session vom 9. April 1897, als die Dringlichkeitsanträge wegen Aufhebung der Sprachenverordnung vom 5. April der Herren Abgeordneten Fro, Schönerer, Türk, Kittel, Wolf und Genossen, Dr. Funke und Genossen, Steinwender und Genossen auf der Tagesordnung standen, sowohl ich als auch mein verehrter Herr Colleague Loser bei dieser Sitzung für die Dringlichkeit der Behandlung und sonach in gewisser Beziehung für die Aufhebung der Sprachenverordnungen stimmten, (Rufe: Bravo!) und ich will gleich bemerken, dass damals der dritte christlich-socialen Abgeordnete von Vorarlberg, Herr Martin Thurnher, anlässlich einer Landeschulrathssitzung oder Landesauschusssitzung hier im Lande anwesend war und daher an diesen Tagen nicht Stellung nehmen konnte. Ich kann weiters noch mittheilen, dass wir drei christlich-socialen Abgeordneten von Vorarlberg in der Sitzung vom 12. November 1897, als es sich um die erste Lesung des Antrages Dr. Funke, Dr. Groß, Dr. Pergelt und Genossen, betreffend die Erhebung der Anklage gegen die Minister wegen der Erlassung der Sprachenverordnungen in Böhmen und Mähren, handelte, gegen den Übergang zur Tagesordnung gestimmt haben, und damals war die Situation für die Regierung insofern ziemlich ernst, weil die Majorität, die für den Übergang zur Tagesordnung stimmte, nur mehr sechs Stimmen betrug.

Ich glaube nun damit gekennzeichnet zu haben, welche Stellung ich vom Anfange an in der Sprachenverordnungsfrage eingenommen habe, und Sie werden mir daher glauben, dass ich heute mit Freude für den Antrag stimmen werde.

Martin Thurnher: Ich beantrage Schluss der Debatte.

Landeshauptmann: Der Herr Abg. Martin Thurnher hat Schluss der Debatte beantragt.

Ich bringe zunächst diesen Antrag zur Abstimmung und ersuche jene Herren, welche demselben zustimmen, sich gefälligst von den Sitzen zu erheben.

Angenommen.

Es hat noch der Herr Berichterstatter das Wort.

Martin Thurnher: Ich fühle mich nicht veranlaßt, über die etwas divergierenden Anschauungen über den Punkt 1 der vorliegenden Anträge, wie sie sich im Laufe der Debatte dargestellt haben, weiter noch einzugehen. Ich habe meiner Anschauung in hinreichender Weise sowohl im gedruckt vorliegenden Berichte als auch in den kurzen Einleitungsworten Ausdruck gegeben. Gegen den Antrag selbst ist nichts eingewendet worden; im Gegentheile alle Redner haben zugesichert, demselben beizustimmen, und ich habe daher weiter nichts beizufügen, als die einstimmige Annahme desselben nochmals dem h. Hause zu empfehlen.

Landeshauptmann: Ich schreite also zur Abstimmung über Punkt 1 der Anträge und ersuche die Herren, welche demselben ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben.

Einstimmig angenommen.

Nun eröffne ich die Debatte über Punkt 2 der Anträge.

Wer wünscht hiezu das Wort?

Dr. Waibel: Geehrte Herren!

Aus aufrichtiger Liebe für unser Vaterland und für unseren allverehrten Monarchen sind wir alle einig in dem Wunsche, dass bald wieder Friede und Ruhe in unseren Gemüthern eintreten möge, um wieder an die nothwendigen Arbeiten schreiten zu können und Dinge zu schaffen, die dringend nothwendig sind.

Die deutschen Landtage unseres cisleithanischen Staatstheiles haben sich sämmtlich in dem Antrage geeinigt, gegen die zunächst bekannte Ursache der Störung der parlamentarischen Thätigkeit Stellung zu nehmen und auf Beseitigung des Grundes dieser Störung hinzuwirken, nämlich auf die Be-

seitigung der Sprachenverordnungen. Die Landtage haben sich sämmtlich mit diesem Antrage, mit dieser Stellung begnügt.

Unser Landtag ist in der Mehrheit der Ansicht, daß mit diesem Antrage allein die beabsichtigte Wirkung nicht erzielt werde, und daß zur Erzielung einer vollständigen Wirkung noch andere Mittel in Anwendung zu kommen hätten. Den Zweifel, ob mit der Aufhebung der Sprachenverordnungen auch thatsächlich die gewünschte Ruhe und der gewünschte Friede eintreten werde, möchte ich beinahe theilen. Ich habe aber auch Zweifel darüber, daß das Mittel, welches hier im Punkte 2 vorgeschlagen wird, das Ziel, welches man im Auge zu haben scheint, zu erreichen imstande sein werde. Nach meiner Auffassung hat das, was hier vorliegt, was sich bei uns in Oesterreich nicht erst seit dem verfloffenen Jahre sondern seit langer Zeit abspielt, mit der Religion, mit dem Christenthume nichts zu thun. Es ist das ein Stück geschichtlicher Entwicklung, welches weiter zurückgeht und einen längeren Zeitraum umfaßt als bloß diese paar Jahre und diese paar Erscheinungen.

Es ist nicht zu verkennen, daß die Nationalitätenidee seit Beginn dieses Jahrhunderts in gewissen Völkern Europas tiefe Wurzeln gefaßt und tiefe Wirkungen hervorgebracht hat. Der Chauvinismus, mit dem Frankreich zu Beginn dieses Jahrhunderts Europa überschwemmte und ganz Deutschland unter seinen Füße trat, der hat eine Gegenwirkung erzeugt, welche von einer ganz eminenten und glücklichen Wirkung begleitet war. Die Gewaltthatigkeiten der französischen Heere, des französischen Regimentes waren es, welche in den Deutschen endlich ihr nationales Gefühl erweckten, und die Wirkung ist, das wissen wir ja, nicht eine momentane gewesen. Die Tage vom Jahre 1813 sind vorübergegangen, aber in der Jugend und an den Hochschulen hat dieser Geist fortgelebt und fortgewirkt. Wir wissen, daß auch dort Ausschreitungen in der Jugend sich gezeigt haben, aber diese Ausschreitungen waren eine vorübergehende und an sich weniger bedeutende Erscheinung. In der Hauptsache hat der nationale Geist im deutschen Volke sich fortentwickelt und ist endlich zu einem Erfolge gekommen, der von uns gewiß nur begrüßt werden kann. Im Jahre 1871 konnte der neue deutsche Kaiser dem deutschen Volke verkünden, daß endlich sein langes Sehnen und Trachten in

Erfüllung gegangen sei, und von diesem Momente an haben wir in der Mitte von Europa ein Staatswesen, welches mächtig dasteht, angesehen bei aller Welt, nicht bloß in Europa, ein Reich, dessen gedeihliche Weiterentwicklung in ihrem Umfange kaum zu übersehen ist. Wir können uns Glück wünschen über diesen Ausgang, über diese Wirkung eines Nationalgefühles, denn wir Oesterreicher haben an diesem Staate nun eine feste Stütze gefunden, wir sind in einen treuen Bund zu diesem Staate getreten.

Auch in einem anderen Theile Europas hat der nationale Geist, der nationale Aufschwung einen Erfolg erzielt, der lange und durch viele Kämpfe angestrebt war und endlich doch vollkommen gelang. Es war die Schaffung des italienischen Nationalstaates. Wir haben in Oesterreich unter diesen Kämpfen und dieser Entwicklung der nationalen Idee am meisten mitzukämpfen gehabt. Wie bekannt hat uns dieser Kampf zwei schöne Provinzen, Venetien und die Lombardei, gekostet.

Dieser Drang des nationalen Gedankens hat in Oesterreich im Jahre 1848, abgesehen von den Kämpfen, die wir auf den italienischen Feldern mitzumachen hatten, bei denen ich selbst Zeuge und Mitkämpfer war, in einem anderen Theile zu schweren Kämpfen geführt; das war Ungarn. Sie erinnern sich, was auf den ungarischen Gefilden für Kämpfe stattgefunden haben. Sie sind zwar allerdings niedergeschlagen worden, aber der Gedanke, welcher jenen Kämpfen zugrunde lag, ist doch zum Erfolge gekommen. Der angestrebte magyarische Staat ist doch entstanden und besteht jetzt. Wie kräftig er sich zu gestalten gewußt hat, das hören wir aus dem Zeugnisse, welches der Herr Berichterstatter selbst ausgesprochen hat. Ungarn ist mächtiger in diesem Staate als wir herüber, als die Gruppe des cisleithanischen Staatskörpers.

Es ist noch ein Theil in Oesterreich, welcher ganz durch und durch von nationaler Idee erfüllt ist. Das ist der polnische Theil unseres Staates. Es hat Zeiten gegeben, wo für diese Idee viel polnisches Blut geflossen ist. Aber die Zeiten sind vorüber. Der Theil Polens, welchen Oesterreich an sich gezogen hat, hat es verstanden, nach diesem blutigen Kampfe sich auf kluge Weise eine sichere, selbständige Stellung zu verschaffen. Wir haben einen förmlichen polnischen Nationalstaat an

diesem Galizien. Es ist demselben eine weitere Autonomie eingeräumt als den anderen Kronländern des Reiches, und die Polen haben durch kluges Verhalten es verstanden, gleich wie Ungarn jetzt innerhalb unseres Staatskörpers, sich eine reichliche Anzahl von Vortheilen zu verschaffen. Sie erscheinen im österreichischen Reichsrathe nicht als einfache Abgeordnete, sondern sie nennen sich stets nur die polnische Delegation. Meine Herren, der Gedanke an die Wiederaufrichtung des polnischen Königreiches ist in diesen Herren, obwohl sie heutzutage treu zu unserer Monarchie halten, noch lange nicht erloschen. Immer kommen Zeiten, wo dieser Gedanke wieder durchbricht und laut wird.

Nun vergessen Sie nicht, meine Herren, wenn Sie den Dingen, die sich im Reichsrathe und in Böhmen abgepielt haben, ihre Aufmerksamkeit geschenkt haben, daß auch wir Deutsche schon lange einen sehr erbitterten nationalen Kampf vor uns haben. Das ist der Kampf mit den Tschechen und deren Aspirationen. Wäre Böhmen und Mähren bloß von Tschechen bewohnt, dann glauben Sie sicher, ich wenigstens zweifle nicht daran, sie würden sich längst wenigstens jene Selbständigkeit, welche Polen hat, erwirkt haben. Ich zweifle keinen Augenblick daran. Ein Hindernis für die Erreichung dieses Zieles bilden lediglich die Millionen deutscher Bevölkerung, welche in diesen beiden Ländern lebt und auch mitleben will und mitleben muß. —

Bedenken Sie, was jetzt, wo unter der Wirkung der Sprachenverordnungen und des Gefühles nationaler Gefährdung die Deutschen in Oesterreich erwachen, sich sammeln und zur Wehr setzen, sich zeigt.

Denken Sie an den Krafauer und an den Prerauer Parteitag. Diese beiden Parteitage sind nicht ohne Bedeutung. Dort hat sich eine slavische, tschechisch-polnische Coalition wenigstens auszubilden versucht. Ob sie eine weitere Entwicklung nehmen wird, wissen wir nicht. Aber ich fürchte und denke mir, wenn der deutsche Widerstand gegenüber demjenigen, was versucht worden ist, seine Ausdauer bewährt, so wird die Verbrüderung, die Coalition dieser beiden slavischen Stämme zweifellos bis zu einem gewissen Grade eintreten.

Nun, meine Herren, das ist das Ende, möchte ich sagen, der Kette eines langen geschichtlichen

Processus, der nicht bloß Oesterreich berührt, sondern der Mitteleuropa schon seit Beginn dieses Jahrhunderts erfaßt hat.

Ich kann nicht erkennen, daß dieser Process irgend etwas mit dem Christenthume und der Religion zu thun hätte. Ich kann mir darum auch gar nicht vorstellen, in welcher Weise auf diesen psychologischen Völkerprocess mit religiösen Mitteln eingewirkt werden könnte. (Pfarrer Thurnher: Oho!) Ich traue Ihnen so viel historische Einsicht zu, daß Sie das auch nicht ernstlich meinen können. Ich erlaube mir der Ansicht zu sein, daß es Ihnen lediglich um die Gelegenheit zu thun ist, wieder einmal die Forderung nach den Schulen und nach der Herrschaft der Kirche zu erheben. Meine Herren, wir sind ebenso gut getauft wie Sie. Wir machen aber einen Unterschied zwischen Christenthum und Ultramontanismus. Das sind zwei grundverschiedene Dinge. Christen sind wir, Ultramontane sind wir nicht und wollen es auch nicht werden und wünschen nicht, daß die Bevölkerung ultramontan werde. Wir sehen darin ein besonderes Glück nicht.

Wir haben Gelegenheit genug gehabt, Zeugnisse von verschiedenen einsichtsvollen Kirchenfürsten zu lesen, welche bei verschiedenen Anlässen diese Richtung, die in der katholischen Kirche eingeschlagen wurde, perhorrescieren und als ein Unheil für dieselbe bezeichnen und bedauern. Diese Ansicht theilen auch wir. Wir können darum aus Mißtrauen gegen die Absichten, die im Artikel 2 gelegen sind, für diesen Artikel 2 nicht stimmen. Wir verbieten uns aber, uns zu denunciieren, daß wir keine Christen seien.

Ich glaube damit im wesentlichen unseren Standpunkt gegenüber dieser Frage gekennzeichnet zu haben und kann erklären, daß wir aus den Gründen, welche ich hier dargestellt habe, gegen diesen Punkt 2 stimmen werden und denselben nicht acceptieren können.

Landeshauptmann: Wer wünscht noch weiter das Wort?

Nohler: Ich muß mir doch erlauben, bezüglich dieses Punktes auf die Ausführungen des geehrten Hrn. Vorredners einiges zu entgegnen. Er hat uns ein gutes Stück der letztvergangenen Geschichte in nationaler Beziehung vor Augen geführt, und ich will seiner

Darstellung, in der er von seiner Weltanschauung aus die Sache auffasst, hier nicht entgegengetreten. Es ist ja richtig, die nationale Idee ist in unserer Zeit zu einer gewaltigen Stärke angewachsen, zu einer Stärke, wie sie vielleicht seit dem alten Heidenthume kaum jemals angewachsen war, und wir nähern uns in der That in dieser Beziehung wieder den Anschauungen der vorchristlichen Zeit. An und für sich ist es ja ganz richtig, es hat auch die nationale Idee ihre Berechtigung, wer wollte das leugnen. Es ist gleichsam die Idee einer Völkerfamilie durch das Band gleicher Sprache, Abstammung, Sitte, Gewohnheit und Gesetze verbunden. Wer wollte nicht der nationalen Idee ihre Berechtigung zuerkennen. Aber das Übel liegt in der Übertreibung dieser Idee. Wie die alten Römer und Griechen jeden, der nicht ihrer Nation angehörte, mit dem kurzen Namen „Barbar“ bezeichneten, sind wir jetzt auch wiederum bald dahin gekommen. Es hat wirklich jetzt eine nationale Ueberhebung bei den Völkern platzgegriffen, die viel weiter geht als sie berechtigt, ja die so weit geht, daß die Nationalität selbst als Grundlage der Staatenbildung betrachtet wird. Wir dürfen sagen, die Ausbildung der Nationalitätsidee zu diesem Riesenumfange charakterisiert unsere Zeit, hat ihr aber auch die ganze öffentliche Unsicherheit und den erdrückenden Militarismus auf den Hals gebracht. (Rufe: Sehr richtig!)

Es waren die Franzosen am Anfange dieses Jahrhunderts, die von dieser Idee getragen uns unterjochten; es war auch in Deutschland mit dieser Idee vor einem Vierteljahrhunde ein nach außen hin imposanter Erfolg errungen worden. Ob aber dieser Erfolg nicht sehr theuer bezahlt wurde durch unsere Militärlasten, das lasse ich die Herren selbst beurtheilen. Ich glaube, gerade dieses Ausschreiten, dieser Mißbrauch der nationalen Idee hat uns den heutigen Militarismus zum größten Theile eingebracht. Insofern dürfen wir uns nicht glücklich schätzen, daß die nationale Idee in solch vehementer Weise wie jetzt sich geltend macht. Aber nun leben wir einmal in dieser Zeit, diese nationalen Staaten und diese großen Heere sind entstanden, Verträge hat man auf Grund dieser Idee zerrissen, und wer am meisten bedroht ist, das ist natürlich in Europa jenes Reich, welches auf diese Idee sich nicht stellen kann, ohne sich aufzugeben, es ist Oesterreich. Daher auch der

Sturm gegen dieses Reich, welches diesen modernen Boden seiner Existenz geschichtlich nicht hat und ihn auch heute nicht annehmen darf, nicht annehmen kann. Die nationale Idee in dieser Auffassung treibt Oesterreich auseinander. Nach unserer christlichen Weltanschauung ist, wie gesagt, diese Idee in ihrer natürlichen Begrenzung richtig, in ihrer heutigen Übertreibung aber durchaus falsch. Wenn man auf diesem Boden christlicher Weltanschauung steht, so muß man gerade in der jetzigen Zeit, wo die Völker unter der Last des Militarismus seufzen, unserem Vaterlande eine große kulturhistorische Mission zuerkennen. Ist ja kein Geschöpf, weder ein Individuum noch ein Staatesgebilde ohne einen Zweck, umso mehr ein solcher Staat mit einer so langen Geschichte, mit solcher Zusammensetzung hat seine Mission. Oesterreich hat seine Mission in der Vergangenheit gehabt und hat sie erfüllt. Sie ist heute eine andere geworden. Europa hat sich nicht mehr des Anpralles östlicher wilder Völker zu erwehren. Jetzt hat Oesterreich eine andere Aufgabe, nämlich seine verschiedenen Nationalitäten auf dem Boden eines Staatesgebildes zu versöhnen. Das ist jetzt seine Mission. Erfüllt es dieselbe, so erfüllt es sie zu seinem Heile und zum Heile der germanischen wie slavischen Völker, erfüllt es die Aufgabe aber nicht, so wird es untergehen. Daher der bekannte, nun nicht mehr lebende Feind Oesterreichs Mazzini auch diesen Punkt insbesondere als sein politisches Testament hinterlassen hat, in Oesterreich die nationale Idee anzufachen, den Nationalitätenstreit zu fördern, denn das sei der sicherste Weg zu Oesterreichs Untergang. So sehen wir jetzt Oesterreich gerade an dieser Aufgabe. Wird es sie lösen oder nicht? Das heißt für Oesterreich Sein oder Nichtsein. Wir hoffen zu Gott, daß es sie lösen und es gelingen werde, in Oesterreich die verschiedenen Nationalitäten, die es seit Jahrhunderten bewohnen, in ihrer freien Entwicklung zu fördern, sie zu selbständigem Fortschritte zu führen und den Frieden in sich zu erhalten. Wir hoffen es.

Nun gehört allerdings gerade dasjenige dazu, was der Herr Vorredner als nicht dazu gehörig betrachtet, nämlich das Christenthum, (Dr. Waibel: Ultramontanismus!) weil nur das Christenthum die nationale Idee richtig zu erfassen vermag und uns dieselbe richtig begrenzt. Das Christenthum gestattet uns Deutschen nicht, von minderwertigen Nationalitäten zu reden. Denn

der Herr hat die Deutschen wie die anderen Nationen erschaffen, und es ist sonderbar, jede Nation, sei sie auch in dem, was wir heute Cultur nennen, weit zurück, hat doch ihre Eigenheiten, die wieder der anderen fehlen. Also die Auffassung des Christenthums allein kann in dieser Frage uns auch zu einem dauernden Frieden verhelfen. Es braucht da die christliche Auffassung der Nation wie die christliche Auffassung des Menschen selbst. Es darf nicht der Geist der Überhebung und die Verachtung anderer Nationalitäten, wie es heute geschieht, platzgreifen, das gestattet uns das Christenthum nicht. Je tiefer wir uns in den Geist des Christenthums versenken, desto mehr sind wir geneigt, jeden Menschen ohne Rücksicht auf seine Nationalität mit Achtung und Liebe zu behandeln. Nun von dieser Stimmung merken wir in unserer nationalen Bewegung leider sehr wenig, und deshalb thun wir uns auch so hart mit einer friedlichen Lösung. Das hat eben der vorliegende Punkt in sich und da muß allerdings wieder angefakt werden. Übrigens ist das nicht bloß die Ansicht von uns Ultramontanen, wie uns der Herr Vorredner genannt hat, sondern ich kann Ihnen da ein Beispiel geben von einem Manne, der nichts weniger als ultramontan ist, einem ehemaligen Kollegen, mit dem ich über die böhmischen Verhältnisse gesprochen habe. Der sagte mir ganz richtig: „Ich bin ja nicht Katholik, wie Sie es sind, aber glauben Sie mir, wenn es gelungen wäre, in Böhmen vor einem Jahrzehnte das zu erreichen, was wir anstreben, nämlich die Krönung unseres Königs, so wären wir jetzt nicht mehr in diesen Zuständen, sondern wären weit vorwärts gekommen. Jetzt muß dies immer noch angestrebt werden, aber die Wirkung wird heute nicht mehr dieselbe sein, weil unser Volk in religiöser Beziehung sehr zurückgegangen ist. Darum geht es jetzt um so viel härter. Damals hätte sich unser Volk noch mit aller Liebe um seinen König geschaart, jetzt haben wir schon den Socialismus in unseren beiden Nationen, es ist eine Erkaltung des religiösen Gefühles eingetreten, und ein Ausgleich ist weit schwieriger geworden.“ So sprach mit mir ein Colleague, der nichts weniger als ultramontan war. Ich konnte also daraus schließen, daß selbst in diesen Leuten das Bewußtsein schon wach wird, daß es da fehlt. Vielleicht kommen wir auch noch allgemein dazu, zu verstehen, was wir

sehr, sehr entbehren, die christliche Lebensauffassung, die in weiteren Kreisen verblasst oder nicht mehr vorhanden ist. Ich kann daher diesem Punkte des Antrages nur aus vollem Herzen zustimmen und glaube mich verpflichtet, auf die Auffassung der nationalen Idee, wie sie der Herr Vorredner uns kundgegeben hat, diese wenigen Worte erwidern zu müssen.

Landeshauptmann: Der Herr Abgeordnete Pfarrer Fink hat das Wort.

Pfarrer Fink: Ich möchte den Worten des unmittelbaren Herrn Vorredners noch etwas beifügen.

Jede Erziehung, auch die nationale, muß geleitet sein von Grundsätzen, von einer Grundanschauung; und wenn der Sprachenausschuß es in seine Anträge aufgenommen hat, daß die christliche Weltanschauung eben jene Quelle sei, aus welcher heraus eine christliche Lebensanschauung auch in nationalen Fragen, in nationaler Beziehung zu schöpfen sei, so ist das gewiß die richtige Anschauung.

Das Christenthum ist jene heilige Religion, welche sowohl die wahren Grundsätze als auch die Mittel an die Hand gibt, die Völker nach ihren Eigenarten zu erziehen, zu ihrem eigenen Glück, und sie geeignet zu machen, daß sie sich in ihrem Verhältnisse mit anderen Nationalitäten glücklich fühlen können. Was die Überschreitung des nationalen Gefühles und Strebens anbelangt, so hat dies der Herr Abgeordnete Kohler schon hervor gehoben. Es kann da stark übertrieben werden, und wenn einmal diese nationale Anschauung keine christliche mehr ist, dann sinken wir zurück in die heidnische Anschauung der Nationalität und in die Barbarei des Heidenthumes. Schon die Anschauung der christlichen Religion, die Wahrheit: es ist ein Gott, die Wahrheit über die Erschaffung, Erlösung und Heiligung, die Wahrheit über die Anerkennung der Würde des Menschen, daß der Mensch mehr wert ist als seine Sprache, die Anerkennung dieser Wahrheiten wird zur Lösung der Nationalitätenfrage beitragen, denn wir haben vom Erlöser der Welt das Geheiß der Liebe und zwar für alle Nationalitäten. Der Herr hat die Apostel hinausgeschickt mit den Worten: „Geht hin zu allen Nationen, prediget das Evangelium

und lehret sie alles halten, was ich euch befohlen habe." Sein Gesetz hat er zusammengefaßt in ein doppeltes: in die Liebe aller Nationen zu einem Gott und die Liebe des Nächsten wegen Gott. Diese Liebe des Nächsten hat er darin zusammengefaßt, daß er sagte: „Was du nicht gerne hast, daß man dir thue, das füge auch nicht einem anderen zu.“

Weil die Erziehung bei der Jugend beginnen muß, so fordern wir, daß auch diese Erziehung in der Schule christlich sei. Wenn der Herr Abgeordnete Dr. Waibel so scharf unterscheidet zwischen Christenthum und Ultramontanismus, möchte ich sagen, begibt er sich da auf einen sehr gefährlichen Standpunkt. Ich will da nicht dogmatisch erläutern warum, sondern wir erkennen einfach an, daß die Repräsentantin des Christenthums die heilige katholische Kirche ist. Den Ultramontanismus als katholische Kirche auffassen und verwerten, bedeutet soviel, als die Verwerfung des wahren Christenthumes, die Verwerfung der katholischen Kirche! Dann ist auch das noch. Überall wo christliche Kirchen gegründet wurden gegen die eine katholische Kirche, hat man nur nationale Kirchen und nicht mehr die apostolische Kirche, nicht mehr die allgemeine katholische Kirche, die Trägerin der christlichen Wahrheit.

Ich stimme dem Antrage von ganzem Herzen bei, wie er gestellt ist, daß nämlich das Christenthum wohl das beste, ja einzige Mittel ist, um eine Versöhnung der Nationalitäten herbeizuführen.

Pfarrer Thurnher: Der Herr Abgeordnete Dr. Waibel hat es unter anderem als einen Sieg der nationalen Idee hingestellt, daß auch die italienische Nation es zu einem einheitlichen Staate gebracht hat. Er hat aber unterlassen zu sagen, in welcher Weise das geschehen ist, nämlich in der Weise eines gewaltthätigen, ganz und gar widerrechtlichen Raubes. Wenn er diese Art und Weise, einen nationalen Staat zu gründen, für richtig und recht anerkennt, dann glaube ich, muß er auch das Streben einer anderen groß werdenden Partei anerkennen, nämlich der Socialdemokratie. Die kämpft zunächst um die Existenz des Lebens, und wenn nun diese Partei auch zu solch' gewaltthätigen Mitteln greift und das Eigenthum gewaltsam an sich reißen will ohne Rücksicht auf den Grundsatz: „Jedem gehört das Seine“ so thut sie in

Wirklichkeit nichts anderes, als was die italienische Nation oder vielmehr deren Führer gethan, als sie nämlich den Kirchenstaat gewaltsam eingesackt haben. Dieser Kampf um die Existenz ist, glaube ich, noch weit eher berechtigt als der für die nationale italienische Idee. Denn, meine Herren, wenn es sich um die Existenz, um Sein und Nichtsein handelt, da muß man wohl sagen, daß die bei weitem höher steht, als die nationale Idee. Wenn man schließlich verhungert, dann hört überhaupt jede nationale Idee auf. Der Herr Abgeordnete Dr. Waibel hat gesagt, sie — seine Partei — seien Christen aber keine Ultramontanen; kluger Weise hat er es unterlassen, eine Erklärung zu geben von dem Unterschied zwischen seinem Christenthume und dem Ultramontanismus, den er im Auge haben will. Nun ich glaube, wenn er eine Erklärung hätte geben wollen, so wäre er wahrhaftig in die größte Verlegenheit gerathen.

Wenn wir die christliche Schule beanspruchen, so geschieht das nicht deshalb, weil die Kirche die Macht über die Schule erlangen will, es handelt sich hier durchaus nicht um die Frage der Macht, des Besitzstandes, und ich stütze mich da bloß auf die herrlichen Worte, die im verfloffenen Jahre gerade an dieser Stätte unser hochwürdigster Bischof von Feldkirch ausgesprochen hat. Er hat erklärt, daß nur der gegen die Forderung einer christlichen Schule in Oesterreich Widerspruch erheben kann, der nicht mehr auf katholisch-christlichem Boden steht.

(Rufe: Sehr richtig!)

Eines glaube ich diesen Worten noch beifügen zu müssen. Ich bin der vollständigen Überzeugung, daß wir in dieser Beziehung mit der liberalen Partei nie werden eine Einigung erzielen können, weil wir eben auf einem wirklich christlichen Boden stehen, sie aber bloß auf dem Boden eines eingebildeten Christenthums.

Landeshauptmann: Wenn niemand mehr das Wort wünscht, ist die Debatte geschlossen. Der Herr Berichterstatter hat noch das Wort.

Martin Thurnher: Ich hätte noch einige Bemerkungen zu den Ausführungen des Herrn Dr. Waibel zu machen. Angesichts des Umstandes aber, daß bereits einige Herren Redner diese

Frage in hinreichender Weise beleuchtet haben und angesichts der vorgeschrittenen Zeit verzichte ich auf die weiteren Ausführungen.

Landeshauptmann: Ich schreite nun zur Abstimmung über Punkt 2 der Anträge und ersuche jene Herren, welche demselben ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen erheben zu wollen.

Es ist die Majorität.

Nun kommt die Debatte über Punkt 3 der Anträge.

Ganahl: Sie dürften meine Herren aus der Thatjache, daß ich selten im hohen Hause das Wort ergreife, entnommen haben, daß ich an einem unfruchtbaren politischen Kampfe keine Freude habe. Wenn ich mir aber zu Punkt 3 ihrer Anträge das Wort erbeten habe, so geschieht es auch nicht, um mit Ihnen zu kämpfen oder vielleicht einen Befehrungsversuch bei der Majorität zu unternehmen, Sie von Ihren föderalistischen Neigungen abbringen zu wollen.

(Heiterkeit.)

Nein, ich will nur mein Bedauern darüber aussprechen, daß Sie es mit Punkt 3 Ihrer Anträge glücklich zustande gebracht haben, Ihre mannhafteste Erklärung gegen die Sprachenverordnungen, welche im Punkt 1 enthalten ist, ganz wesentlich abzuschwächen. Während Sie im Punkte 1 sich Ihrer Stammesgenossen in Böhmen nachdrücklichst annehmen, liefern Sie dieselben mit Punkt 3 Ihrer Anträge an das Messer Ihrer nationalen Gegner.

(Rufe auf der Linken: Ganz richtig!)

Sie streicheln deren Wange mit der einen Hand, um ihnen mit der anderen Hand einen Schlag zu versetzen. Ich hoffe indessen, daß Ihre diesfälligen Bestrebungen nur fromme Wünsche bleiben werden, ich vertraue darauf, daß jede österreichische Regierung eine unüberwindliche Scheu empfinden dürfte, die Centralgewalt des Reiches zu schwächen und einen Schritt gegen den Föderalismus zu thun. Der Gedanke scheint mir nämlich zu absurd, daß man in der einen Reichshälfte nach dem Recepte eines strammen Centralismus regieren, in der anderen Hälfte aber den Schwerpunkt in die Landtage verlegen soll.

Im Sinne dieser Ausführungen werde ich natürlich gegen Punkt 3 der Anträge stimmen.

Landeshauptmann: Wer wünscht weiter das Wort?

Der Herr Abgeordnete Dressel!

Dressel: Ich will nur einen Punkt berühren. Der Herr Abgeordnete Ganahl hat den centralistischen Standpunkt hervorgekehrt und gemeint, die Regierung werde, da man schon in Ungarn centralistisch regiert, auch in Eisleithanien nicht anders als centralistisch regieren können. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß das Deutschtum in der anderen Reichshälfte gerade dem centralistischen Systeme seinen Untergang verdankt.

(Rufe rechts: Sehr richtig!)

In Ungarn hat das Deutschtum ganz aufgehört, dort geht der Centralismus so weit, daß nicht einmal mehr deutsche Ortsnamen geduldet werden. Auch die letzten Reste des Deutschtums in Siebenbürgen sollen dadurch untergehen, daß man die deutschen Ortsnamen magyarisiert.

Hohler: Meine Herren! Ich glaube auch zu verstehen, daß der Herr Abgeordnete Ganahl ein gewisses Grauen vor dem Föderalismus hat, denn er malt ihn so schrecklich als ein Ungeheuer an die Wand, daß ich mich auch fürchten würde vor ihm, wenn er so aussehen würde. (Heiterkeit.)

Es ist traurig, daß wir in so vielen Dingen in unseren Anschauungen so weit auseinander gehen, daß wir uns schwer mehr verständigen können, besonders auch in diesen staatsrechtlichen Fragen.

Macht auch wiederum die Presse als ein Stück moderner Versimpelung sich geltend oder wo kann es fehlen, daß Männer mit nüchternem Verstande und Urtheil so weit auseinander gehen?

Ich möchte in dieser Beziehung nur das kurz gegenüber dem Herrn Vorredner bemerken, daß wir unter Föderalismus gar nicht das verstehen, was er uns zumuthet. Wir verstehen darunter den Centralismus, wie er eben im Interesse der Machtstellung Oesterreichs nothwendig ist, so fest als er ihn selbst wünscht. Wir schließen nicht etwa den Centralismus aus; er muß und soll bestehen in allen jenen Punkten, welche die Machtstellung, die Einheit und Größe Oesterreichs berühren. Aber in allen übrigen Angelegenheiten lasse man doch die Verschiedenheit der Völker, Nationen und Län-

der und ihre geschichtliche Entwicklung gelten und suche nicht alles nach Einer Schablone einzurichten.

Das also liegt in unserem Föderalismus: die Autonomie, wo sie hingehört, und die Centralisation, wo sie hingehört. Das ist unser Föderalismus. Das ist aber nicht jenes Schreckbild, welches man auf jener Seite sich ausmalt, sondern doch nur ein vernünftiger Zustand für einen Staat. Nun diese politischen Richtungen kämpfen hier im hohen Hause schon seit Jahrzehnten. Im Jahre 1874 also schon vor 24 Jahren hat uns die Regierung, als wir uns beklagen wollten über den centralistischen Schritt, der mit der directen Reichsrathswahl gemacht wurde, die Thüre zugeschlossen und uns nicht zum Worte kommen lassen. Das ist jetzt anders geworden. Jetzt können wir doch wenigstens wiederum reden und jetzt können wir auf die Entwicklung hinweisen, die dieser Centralismus genommen hat. Er ist, wie die letzten Vorgänge beweisen, jetzt so ziemlich an seinem Ende angekommen, bei der Obstruction. Die Maschine geht nicht mehr weiter. Man hat geflickt mit Wahlreformen, man hat alles mögliche gethan, um das System aufrecht zu erhalten, aber die Sache will halt doch nicht gehen. Dieser unser Centralismus hat sich denn doch bald zu Tode gearbeitet. Andere Staaten haben nicht einen solchen Widerstand entgegengesetzt, die konnten centralisirt werden. Aber Oesterreich setzt ihm seiner Natur nach einen großen Widerstand entgegen, und er muß da doch unterliegen.

Wenn wir also hier im 3. Punkte der Anträge auf eine Rückkehr, eine notwendige Rückkehr aufmerksam machen, so glaube ich, sind wir das dem Vaterlande schuldig. Wir müssen wiederum zurück auf den Boden d. h. das Grundgesetz unserer Verfassung. Eine mächtige Partei hat gleich ein Jahr nach dem Zustandekommen dieses Grundgesetzes sich dafür eingesetzt, diesen Boden Schritt für Schritt zu verlassen. Wir müssen wieder zurück auf diesen Boden. Ich glaube, diese Erkenntnis dämmert denn doch auf; mir wenigstens scheint es, sie müsse aufdämmern. Es muß bald wieder Licht werden, und man muß von diesem Irrthume abkommen, Oesterreich nach dieser modernen Schablone regieren zu wollen, diese alte, geschichtlich so hart gewachsene Monarchie.

Was ist das z. B. für ein Zustand? Welche Widersprüche bestehen zwischen unserer Landesordnung und dem Reichsgesetze über den Reichsrath?

Wir haben den § 16 in unserer Landesordnung, welcher dem Landtage das Recht vindicirt, den Reichsrath zu beschicken. Der Landtag allein hat das Recht, die Landesordnung im Vereine mit der Krone abzuändern und somit auch diesen Punkt. Wir haben ihn nie abgeändert, er steht immer noch da, unsere Landesordnung ist noch immer intakt und zu Recht bestehend. Mit einem Gewaltschritte ist man aber über dieselbe hinausgegangen. Man hat lange gezögert, auch die liberale Partei, ob es möglich sei, daß Reichsrecht Landesrecht breche; ob der Reichsrath die Befugnis haben könne, die Landesordnung abzuändern. Schließlich konnte sich die Partei nicht mehr an der Herrschaft erhalten, denn die Landtage zeigten sich störrig, und da hat man sie einfach entwaffnet, hat Gewalt über die Landtage ergehen lassen und jetzt hat man die Wahl directe, d. h. ohne sie vorgenommen. Näher will ich auf diese Wahlfrage heute nicht eingehen, aber wer mit dem Reichsrathe und seinen Verhältnissen bekannt ist, wie es ja mehrere Herren hier im hohen Hause sind, der wird sich gewiß sagen müssen, daß es zu solchen Dingen, zu solchen Zuständen, wie sie im letzten Jahre waren, mit dem Reichsrathe als der Delegation der Landtage, wie sie im Sinne unseres Grundgesetzes liegt, unmöglich gekommen wäre. Jeder, der die Verhältnisse kennt, weiß auch, daß es gerade dieser Punkt ist, welcher unsere Reichsvertretung immer so ohnmächtig und so unfruchtbar macht. Wir kommen ja da unten vor lauter Reden nicht zum Handeln, und die Größe des Hauses ist erst recht ein Hindernis für die Lösung seiner Aufgaben. Es muß da eine Änderung eintreten, es kann nicht anders sein.

Wenn die traurigen Vorgänge und Bewegungen im letzten Jahre uns als Oesterreicher auch wirklich betrüben, so haben sie doch wieder die gute Seite, daß man anfängt, besonnen zu urtheilen und sich über die großen Aufgaben einer solchen Reichsvertretung wieder besseren Anschauungen zu erschließen. Es ist ja schon rein praktisch genommen, wenn wir in staatsrechtlichen Fragen gar nicht auf Principien eingehen, so gar nicht mehr weiter zu kommen. Dieser Reichsrath muß entlastet werden; es kann unmöglich so vorwärts gehen, so bleiben die wichtigsten Aufgaben, die im Staate zu lösen sind, am Nagel hängen. Man kommt einfach nicht vorwärts.

Im letzten Jahre hat man obstruirt und da-

mit geglaubt, dem Vaterlande einen Dienst zu leisten. Was im nächsten Jahre geschieht, weiß ich nicht, weiß heute wohl niemand. Selbst wenn man will, kommt man nicht weiter, man thut zu schwer. Also dieser Weckruf zeigt uns, daß wir Anlaß nehmen sollen, in diesen so verwirrten Zuständen doch wiederum das Recht der Selbständigkeit der Länder zu betonen. Auf diesem Boden würde uns nicht eine Weltanschauung trennen, auf diesem Boden könnten sich alle Parteien im Ländchen zusammenfinden. Da könnte jeder beistimmen, da handelt es sich nicht um eine christliche oder unchristliche Weltanschauung sondern um das Wohl unseres Landes und Reiches, und in diesem Punkte könnten wir uns hoffentlich noch einigen.

Mein sehnlichster Wunsch wäre, daß endlich in seinem Jubeljahre unser erhabener Monarch, der sich um die Ausgestaltung verfassungsmäßiger Zustände im Reiche durch das Grundgesetz des Jahres 1860 ein so hohes Verdienst erworben hat, die Freude erleben möchte, daß wieder auf diesem gesunden Boden des Grundgesetzes eine Neugestaltung des Vaterlandes und damit der innere Friede zustande käme.

(Beifall rechts.)

Ganahl: Nur wenige Worte seien mir gestattet. Ich werde mich nicht in eine längere Erörterung staatsrechtlicher Fragen einlassen. Der Herr Vorredner hat aber einen Ausspruch gethan, den ich nicht unwiderlegt lassen kann; er hat nämlich gesagt, die Tagespresse sei ein Instrument moderner Versimpelung. Er hat die Presse seiner Partei keineswegs ausgenommen, worüber ich ihm natürlich von meinem Standpunkte aus keinen Vorwurf machen kann. (Heiterkeit.)

Nachdem er aber die deutsch = fortschrittliche Presse auch nicht ausgeschlossen hat, so muß ich darauf erwidern, daß die deutsch = fortschrittliche Presse im Gegentheile fortwährend einen mühevollen Kampf gegen die Volksversimpelung führt.

Weiter habe ich nichts zu bemerken, da ich die Debatte nicht noch mehr in die Länge ziehen möchte.

Pfarrer Thurnher: Ich glaube der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter war nicht sonderlich glücklich, als er sich bei Begründung seines Votums über den dritten Punkt der Anträge auf

Ungarn berufen hat und zwar auf das dort herrschende centralistische System. Bekanntlich ist es mit diesem ungarischen Centralismus dahin gekommen, daß die einzelnen Nationalitäten allmählich voll und ganz verschwinden. Es ist dahin gekommen, daß die Unzufriedenheit der Völker immer mehr sich steigert und der Kampf um die Existenz der einzelnen Nationalitäten immer heftiger wird. Das aber kann doch unmöglich zu glücklichem Wohlstande und zur Erstarfung eines Reiches führen. Wenn wir indessen ein vernünftiges föderalistisches System anstreben, dann haben wir keineswegs im Sinne, etwa die einzelnen Nationalitäten einander auszuliefern; denn wir sind zugleich für die Einführung nationaler Curien, damit auch eine nationale Minorität in ihrer Existenz und ihrem Weiterbestande geschützt und gesichert wird. Ein solches Gesetz müßte selbstverständlich von unserer Reichsvertretung geschaffen werden. Das ist es, was wir diesbezüglich im Auge haben. Wenn wir aber fordern, daß der Reichsrath entlastet, das Recht der Landesgesetzgebung aber erweitert werde, so streben wir damit nichts anderes an als dasjenige, was auch die Krone für nützlich, ja sozusagen als nothwendig erklärt hat. Denn auch aus dem Munde des Monarchen ist der Ausspruch erflossen, es dürfte gut und nützlich sein, wenn einmal die Agenden des Reichsrathes vermindert und ein Theil derselben an die einzelnen Landesvertretungen beziehungsweise Landtage übermittlelt werden. Wir dürfen aber doch gewiß sein, daß unserer Krone daran liegt, die Macht und Festigkeit des Reiches fortzuerhalten. Also selbst die Krone hat, wie gesagt, erkannt, daß man auf die bisherige Weise mit diesem strammen, excentrischen Centralismus in Oesterreich zum Wohle der Völker nicht mehr weiter regieren könne. Deshalb halte ich den dritten Punkt der Anträge für vollkommen begründet und werde auch aus vollem Herzen dafür stimmen.

Nägele: Ich beantrage Schluß der Debatte.

Landeshauptmann: Der Herr Abgeordnete Nägele beantragt Schluß der Debatte. Ich ersuche jene Herren, welche diesem Antrage zustimmen, sich zu erheben.

Angenommen.

Der Herr Berichterstatter hat noch das Wort.

Martin Thurnher: Ich hätte mir verschiedene Notizen gemacht, glaube mir aber den Dank des hohen Hauses und insbesondere der Stenographen zu verdienen, wenn ich auf die Schlussworte verzichte.

Landeshauptmann: Ich schreite nun zur Abstimmung über Punkt 3 der Anträge und ersuche jene Herren, welche demselben ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben.

Es ist die Majorität.

Ich habe dem hohen Hause noch mitzutheilen, dass sich der Sprachenausschuss nach der Haus-
sitzung zu einer Sitzung versammeln wird; Gegen-

stand der Tagesordnung ist der Antrag der Herren Abgeordneten Dr. Waibel und Genossen, betreffend die Reform der Landtagswahlordnung.

Die nächste und zugleich Schlusssitzung unserer diesjährigen Session beraume ich auf morgen Vormittag 10 Uhr an mit folgender Tagesordnung:

1. Wahl der Berufungscommission für die Personaleinkommensteuer.

2. Bericht des Sprachenausschusses über den Antrag der Herren Abgeordneten Dr. Waibel und Genossen, betreffend die Reform der Landtagswahlordnung.

Die heutige Sitzung ist geschlossen.

(Schluss der Sitzung 12 Uhr 40 Min.)

